

Kapitel 1.3: Theorien in den Internationalen Beziehungen

Von Gert Krell

Kapitelübersicht:

1. Was ist und wozu dient Theorie?
 2. Klassische (Groß-)Theorien
 - 2.1 Realismus
 - 2.2 Institutionalismus
 - 2.3 Liberalismus
 - 2.4 Marxismus
 3. Neuere (Groß-)Theorien
 - 3.1 Feminismus
 - 3.2 Konstruktivismus
 4. Politisch-psychologische Theorien
- Anmerkungen
- Weiterführende Literatur

1. Was ist und wozu dient Theorie?

„Die Frage, was Theorie ist, lässt sich nicht einfach beantworten. Deshalb wird sie häufig gar nicht erst gestellt.“ So beginnt der Artikel „Theorie“ im Lexikon der Politik.¹ Die Schwierigkeit der Frage zeigt sich aber nicht nur darin, dass sie häufig gar nicht erst gestellt wird; sie wird selbst von denen, die sich mit Theorie(n) beschäftigen, sehr unterschiedlich beantwortet. Vom Ursprung des Wortes her hat Theorie (von griech: theorein) etwas mit zuschauen, betrachten, mit beachten, untersuchen, beurteilen und mit erkennen, verstehen zu tun. Schon in diesem Ursprung zeigen sich verschiedene Aspekte dessen, was wir heute mit Theorie(n) verbinden. Da ist zunächst der Gegensatz zur Praxis, also die mehr oder weniger passive, teilnehmende, vielleicht aber auch reflektierende Beobachtung; das heißt die bloße Betrachtung kann auch schon dazu übergehen, dass man sich ein Bild von einer Sache macht. Eine Sache oder ein Sachverhalt wird also nicht nur betrachtet, sondern auch beachtet, sie wird untersucht und geprüft, mit dem Ziel, sie (oder etwas Drittes) besser erkennen oder verstehen zu können.

Zu den zentralen Bestandteilen oder Stationen eines vollständigen Erkenntnisprozesses in den Internationalen Beziehungen (wie in den Sozialwissenschaften überhaupt) gehören folgende Dimensionen: (1) wie sollte die (politische) Welt sein, (2) wie erkenne ich die (politische) Welt, (3) wie ist die (politische) Welt beschaffen und (4) wie soll ich in der (politischen) Welt handeln bzw. wie kann ich mein Handeln (oder das Handeln anderer) rechtfertigen und beurteilen? Mit der ersten und vierten Dimension beschäftigen sich in den Internationalen Beziehungen nicht nur explizit normative Theorien oder Forschungen, die sich an völkerrechtlich oder ethisch begründeten Kriterien für Außenpolitik, internationale Politik, Weltordnung oder Weltpolitik orientieren.² An diesen Themen gibt es in den Internationalen Beziehungen (IB) in der Regel kein bloß ästhetisches oder rein technisch-wissenschaftliches Interesse. Ohne Beurteilungen, Bewertungen oder gar Empfehlungen kommt keine IB-Forschung aus.

Die zweite Dimension ist das Gebiet der Erkenntnistheorie und der Methodologie. Zwar spiegeln sich auch in den IB die großen sozialwissenschaftlichen Kontroversen darüber, welche Gültigkeit gewonnene Erkenntnisse für sich in Anspruch nehmen können und wie, mit welchen Methoden man überhaupt zu gültigen Aussagen gelangen kann. So etwa zwischen „Traditionalismus“ (stärker geisteswissenschaftlich orientiert und von der Ideengeschichte, der Diplomatie und dem Völkerrecht inspiriert, Vorrang hermeneutischer Methoden) und „Szientismus“ (stärker am Vorbild der Naturwissenschaften orientiert, Vorrang quantitativer Methoden) in den sechziger und siebziger oder zwischen „Positivismus“ und „Postpositivismus“ in den neunziger Jahren. Aber sie stehen nicht im Zentrum der inhaltlichen Auseinandersetzungen. In Deutschland ist die quantitative IB-Forschung ohnehin nicht sehr stark vertreten, und Kommunikation zwischen den methodisch unterschiedlichen Hauptrichtungen gibt es nur wenig. Postpositivistische Kritik am etablierten Wissenschaftsbetrieb findet sich teilweise im Feminismus, im radikalen Konstruktivismus und in der „critical IR theory“, wiederum mehr in den USA und in Großbritannien als in der Bundesrepublik.

Der „Positivismus“ macht das Positive (im Sinne von: das „Gegebene“, Tatsächliche, unbezweifelbar Vorhandene) zum Prinzip allen wissenschaftlichen Wissens;

er orientiert sich am systematischen Wissensfortschritt der empirischen Naturwissenschaften und hält sicheres Wissen für möglich. („Positivistisch“ wird von Gegnern häufig abfällig für naive, unkritische Faktenhuberei verwendet.) Der „Kritische Rationalismus“ gibt den Anspruch auf absolute Begründung und damit auf Gewissheit auf. Unser gesamtes Wissen besteht aus Hypothesen, deren Wahrheit nie sicher ist (Vermutungswissen) und die wir strengen Prüfungen aussetzen müssen, damit sie sich bewähren können. Der „Realistische Konstruktivismus“ (hier ist Konstruktivismus als Erkenntnistheorie gemeint) bestreitet, dass eine so strikte Trennung zwischen dem Subjekt der Forschenden und dem Forschungsgegenstand möglich ist, wie das der Positivismus und der Kritische Rationalismus behaupten. Wissen existiert nicht in metaphysischer Unabhängigkeit, es hat immer einen historischen Ort, der zeitlich, räumlich und sozial bestimmt ist, und in seiner Existenz ist es an Subjekte gebunden. Objektivität ist deshalb nur als Intersubjektivität möglich. Die „Kritische Theorie“ sieht die Aufgabe der wissenschaftlichen Vernunft darin, sich Gedanken über das Ganze zu machen, also auch nach den Zielen und Zwecken der Gesellschaft und des Fortschritts zu fragen. Es geht nicht darum, mit Hilfe technischen Wissens in der jeweils gegebenen Gesellschaft erfolgreich zu handeln, sondern die Verhältnisse mit Hilfe der Sozialphilosophie und der Sozialwissenschaften an der normativen Vorstellung einer real als möglich nachzuweisenden herrschaftsfreien und gerechten Gesellschaft zu messen.³

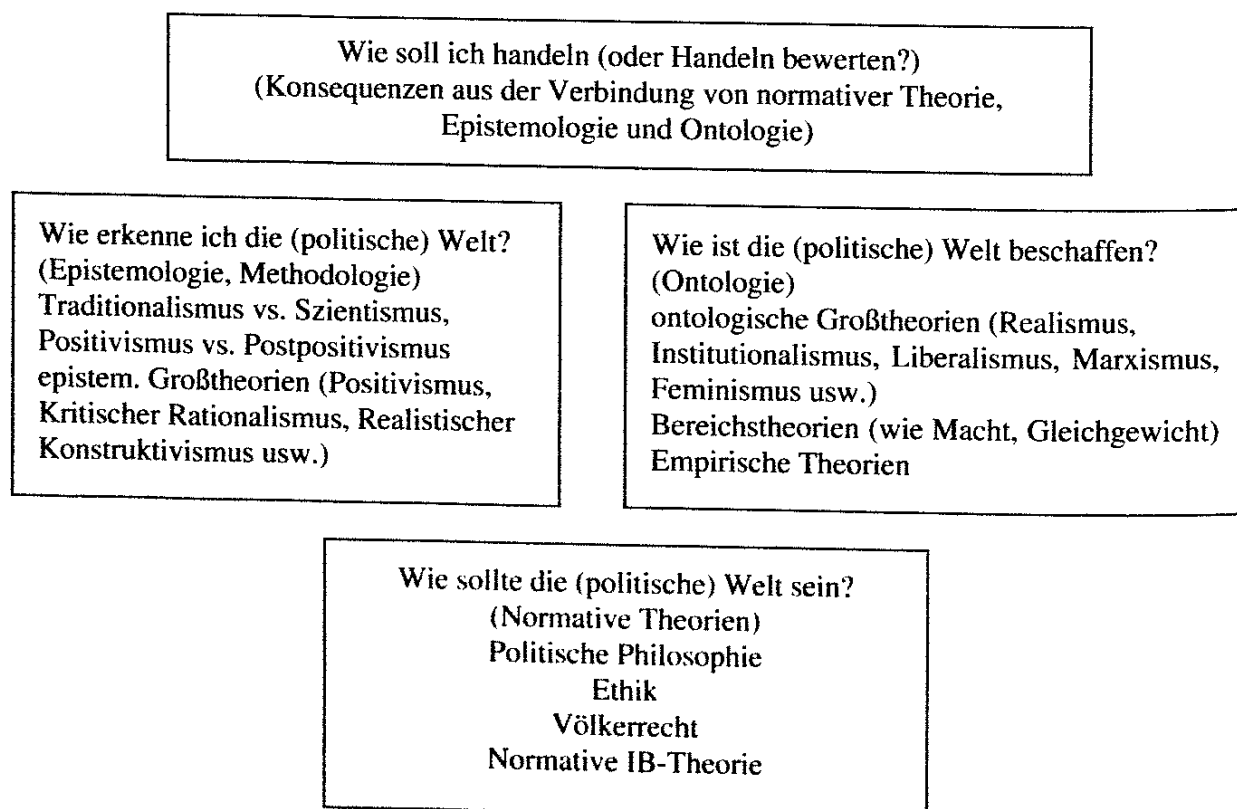
Theorie(n) kommen aber auch und gerade in der Analyse dessen, was ist, zur Anwendung, und das scheint keineswegs selbstverständlich, wie eingangs schon angedeutet. Gleichwohl besteht heute in den Sozialwissenschaften weitgehend Konsens darüber, dass es kein Erfahrungswissen ohne Theorie gibt. Jede Realität bedarf der Interpretation, die bloße Aneinanderreihung von Ereignissen oder die Zusammenstellung beliebiger Daten oder Texte ergibt von sich aus keinen Sinn; wir sind darauf angewiesen, Zusammenhänge herzustellen, die Wirklichkeit zu deuten. Es sei denn, es komme uns darauf an zu zeigen, dass sie ohne jeden Zusammenhang oder ohne jeden Sinn sei. Das wäre eine extrem agnostische Position, höchst unbefriedigend und nur selten, in der Wissenschaft eigentlich gar nicht vertreten.⁴ Ganz abgesehen vom unserem Interesse an Deutung, an Erklärung (z. B. unter welchen Bedingungen kommt es zu Kriegen, unter welchen lassen sie sich verhindern?): die Realität ist uns ohne Deutung gar nicht zugänglich, sie erschließt sich uns nicht einfach so, sondern überhaupt nur durch Interpretation(en); das beginnt schon mit der Sprache, mit der wir Wirklichkeit erfassen, strukturieren und bewerten. Damit sind wir unweigerlich im Bereich der Theorie(n). Und wir können die unendliche Vielfalt der (politischen) Realität nicht einfach „abbilden“, diese Vorstellung ist überholt; wir eignen sie uns an, wir stellen in ihr eine Ordnung her, deren Triftigkeit wir plausibel machen können, die wir aber der wissenschaftlichen Diskussion und Kontroverse überantworten müssen. Der berühmte deutsche Soziologe Max Weber hat diese Form der „Aneignung“ der Realität schon 1904 wie folgt formuliert:

(...) keines jener Gedankensysteme, deren wir zur Erfassung der jeweils bedeutsamen Bestandteile der Wirklichkeit nicht entraten können, kann ja ihren unendlichen Reichtum erschöpfen. Keins ist etwas anderes als der Versuch, auf Grund des jeweiligen Standes unseres Wissens und der uns jeweils zur Verfügung stehenden begrifflichen Gebilde, Ordnung in das Chaos derjenigen Tatsachen zu bringen, welche wir in den Kreis unseres Interesses jeweils einbezogen haben. (...) was sie [die Wissenschaft, G.K.] allein leisten kann: Begriffe und Urteile, die nicht die empirische Wirklichkeit sind, auch nicht sie abbilden, aber sie in gültiger Weise *denkend ordnen* lassen.⁵

Nun sind diese „begrifflichen Gebilde“, mit denen wir die empirische Wirklichkeit denkend ordnen, nicht einheitlich, wir haben es in den IB – wie in anderen Wissensgebieten auch – mit konkurrierenden Theorien zu tun, und zwar auf verschiedenen Ebenen.

Eine weitere grundlegende Unterscheidung bezieht sich auf den Einzugsbereich (Gegenstand) und die Reichweite (Gültigkeitsanspruch) von Theorie(n). Als Tendenz können wir formulieren, dass der Gültigkeitsanspruch von Theorien mit einem sehr weiten Einzugsbereich in den Sozialwissenschaften geringer ist als der von Theorien mit einem sehr engen Einzugsbereich. Wir sprechen deshalb auch von „empirischen Theorien“, wenn sie sich auf einem bestimmten, engen Teilgebiet der Realität (der internationalen Beziehungen) an „harten Daten“ bewährt haben und einen vorläufig gesicherten Zusammenhang etwa zwischen zwei Variablen (Messgrößen) plausibel begründen. In der Regel handelt es sich auch bei solchen relativ sicheren Aussagen nicht um Gesetze, die immer und überall gelten, sondern um Tendenzen, die eine bestimmte Wahrscheinlichkeit für sich in Anspruch nehmen können. Über den empirischen Theorien sind die so genannten Bereichstheorien anzusiedeln, die sich um zentrale Kategorien oder um Teilbereiche der internationalen Beziehungen wie Macht, Frieden, Integration, Entwicklung, Kooperation, Gleichgewicht oder Rüstungskontrolle, Welthandel, Internationale Organisationen gruppieren. Noch allgemeiner als diese Bereichstheorien sind diejenigen Gedankengebäude oder Denktraditionen in den Internationalen Beziehungen, die man als Großtheorien oder Weltbilder bezeichnen kann, weil sie sich auf die internationalen Beziehungen insgesamt beziehen. Großtheorien formulieren allgemeine Annahmen darüber, was die Welt im Innersten zusammenhält, wie man im Anschluss an

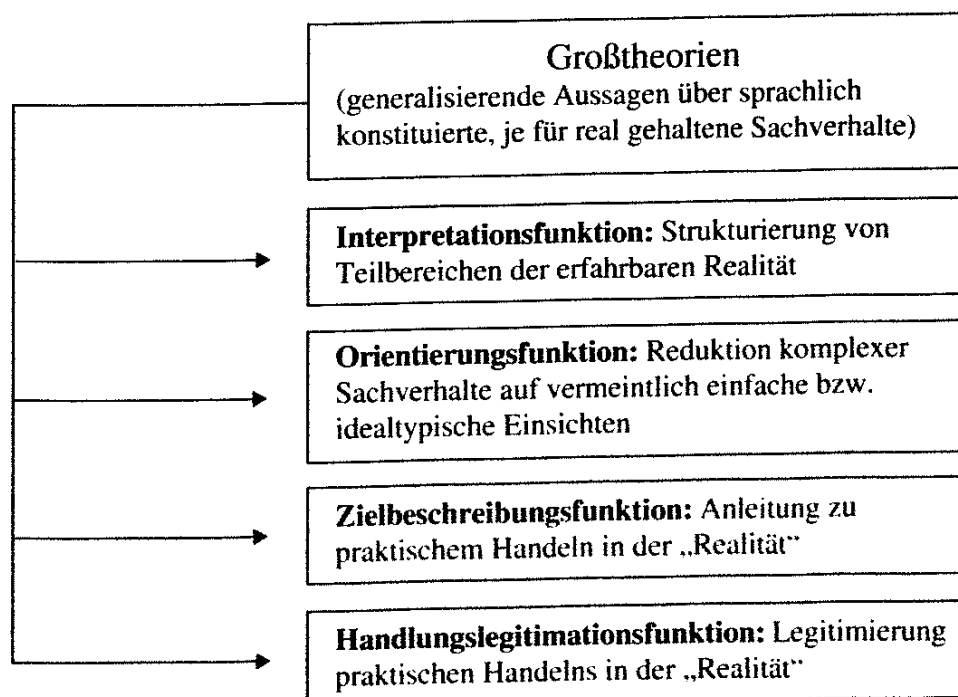
Schaubild 1: Der Baum der Erkenntnis: Theorie(n) in den Internationalen Beziehungen



Goethes Faust sagen könnte – wobei hier freilich nicht die physikalische Welt, sondern natürlich die politische Welt gemeint ist: Sie verwenden unterschiedliche zentrale Kategorien und machen unterschiedliche Aussagen über die entscheidenden Akteure und ihrer Ziele oder Präferenzen, über die Qualität und die Struktur ihres Handlungsumfeldes, über die zentralen Antriebsmomente der internationalen Politik, ihre grundlegenden Probleme und ihre Entwicklungsperspektiven. Großtheorien sind wie grobmaschige Netze, die das unendliche Meer der Fakten und Möglichkeiten auf je eigene Weise organisieren und vorstrukturieren.⁶

Wie viele Großtheorien in den IB es gibt und welche dazu gehören bzw. wie sie zu klassifizieren sind, ist umstritten. Manche Autoren vertreten die Auffassung, die Welt der IB-Theorie lasse sich auf den immer wiederkehrenden Gegensatz zwischen „Idealismus“ und „Realismus“ reduzieren. Andere gehen von den drei großen klassischen politischen Theorietraditionen der Moderne aus, die sie auch in der IB-Theorie zu finden glauben: Konservatismus (in der Terminologie der IB: Realismus), Liberalismus und Marxismus. In vielen neueren Beiträgen zur IB-Theorie taucht der Marxismus gar nicht mehr auf, wird stattdessen der Liberalismus aufgeteilt zwischen (neoliberalem) Institutionalismus und (eentlichem) Liberalismus und der Konstruktivismus hinzugenommen. Ulrich Menzel strukturiert seine umfassende Darstellung der Entwicklung der Lehre von den Internationalen Beziehungen zwar am Gegensatzpaar Realismus und Idealismus, kommt aber durch die Ausdifferenzierung nach Interessenorientierung (Allgemeinwohl versus Eigenwohl) und leitenden Prinzipien (Ideen versus materielle Strukturen) ebenfalls auf vier Großtheorien. Das sind bei ihm Institutionalismus, Realismus, Idealismus und Strukturalismus, für die als klassische politische Theoretiker Grotius, Hobbes, Kant und Marx stehen.⁷ Ich selbst orientiere mich ebenfalls an einer „Politischen Theorie“ der Internationalen Beziehungen, das heißt beziehe wie Menzel und viele andere die Großtheorien in den IB auf allgemeine politikwissenschaftliche Denktraditionen, nehme aber jüngere Entwicklungen wie den Feminismus und den Konstruktivismus

Schaubild 2: Funktionen von (ontologischen) Großtheorien⁸



als neue, eigenständige Denkweisen auf und berücksichtige außerdem Theorie-Ansätze, die aus der politischen Psychologie kommen.⁹ Diese insgesamt sieben „Denkweisen“ in den IB sind unterschiedlich stark mit historischen oder aktuellen politischen Strömungen verbunden. Aber Großtheorien müssen sich auch und vor allem in der Wissenschaft selbst – auch in der Theorienkonkurrenz untereinander – bewähren.

2. Klassische (Groß-)Theorien

2.1 Realismus

Der „Realismus“ ist nicht nur die am weitesten verbreitete Großtheorie in den IB, sie ist auch diejenige, auf die sich alle anderen Großtheorien in ihrer Abgrenzung und Kritik immer wieder beziehen. Der Realismus ist entstanden vor dem Hintergrund der großen Weltkrise in der Mitte des 20. Jahrhunderts mit dem Aufkommen des Faschismus und des Stalinismus, dem Scheitern des Völkerbundes und dem Zweiten Weltkrieg, schließlich dem Kalten Krieg zwischen Ost und West. Das lässt sich bis in die Biographien führender Begründer des Realismus verfolgen, die zum Teil ihre politisch-intellektuelle Laufbahn als „Idealisten“ begannen, sich aber dann den „Realitäten“ der Machtpolitik beugten. Sie kritisierten die „Machtvergessenheit“ des Idealismus, der führenden Zeitströmung in der Frühphase der IB nach dem Ersten Weltkrieg, die mit ihren Hoffnungen auf Völkerverständigung und friedlicher internationaler Zusammenarbeit zu naiv gewesen sei und den historischen Test nicht bestanden habe.

Die zentrale Kategorie des Realismus ist „Macht“, das zentrale Antriebsmoment der internationalen Beziehungen demnach das Streben nach Macht. Damit steht der Realismus in einer langen Tradition politischen Denkens, als intellektuelle Vorläufer können z. B. Max Weber (1864–1920), Thomas Hobbes (1588–1679), Niccolò Machiavelli (1469–1527) oder auch der altgriechische Historiker Thukydides (460–406 v. Chr.) gelten, jedenfalls nehmen „Realisten“ selbst häufig auf diese Autoren Bezug. Dabei ist das Verhältnis des Realismus zur Macht durchaus zwiespältig. Im modernen Realismus ist von der skrupellosen Anwendung der Macht (z. B. zum Wohle des Fürsten, so wie bei Machiavelli) nicht mehr die Rede. Max Weber etwa unterscheidet ausdrücklich zwischen Macht um ihrer selbst willen (die er als verantwortungslos ablehnt) und Funktionsmacht, die jede Politik braucht, die etwas erreichen will. Hans J. Morgenthau (1904–1980) fordert, die Machtgesetzlichkeit der Politik anzuerkennen, aber er will diese Anerkennung ausdrücklich mit dem Ziel der Mäßigung, der Machtbändigung verbinden; es geht ihm um „vernünftige“ Machtpolitik. Auch Thukydides „Geschichte des Peloponnesischen Krieges“ ist keineswegs, wie Friedrich Nietzsche meinte, ein hohes Lied auf die Machtpolitik, mit der sich die Stärkeren gegen die weniger Mächtigen durchsetzen. Es ist eher die Geschichte einer überzogenen Machtpolitik: Athen geht schließlich an seiner eigenen Maßlosigkeit zugrunde.¹⁰

Für das Streben nach Macht in den IB gibt der Realismus unterschiedliche Ursachen an. Bei Morgenthau, der seinen „politischen“ Realismus (in Abgrenzung vom Realismus in der Erkenntnistheorie oder in der Kunst) nach eigenen Angaben auf Einsichten in das Wesen des Menschen, wie es wirklich sei, und auf die Ge-

schichte, so wie sie tatsächlich ablaufe, gründet, liegt der Ursprung der Politik in der menschlichen Natur. Die Natur des Menschen aber ist unabhängig von Zeit und Ort nicht nur vom Selbsterhaltungs-, sondern vor allem auch von einem Machtrieb bestimmt, von der Lust, andere zu beherrschen. Dieser „animus domnandi“ lässt sich zwar durch Vernunft einhegen, aber er bleibt eine mächtige Wirkkraft, die auch eine sittlich gebundene Machtpolitik in Rechnung stellen muss, wenn sie erfolgreich handeln will. Wegen dieser Begründung bezeichnet die IB diesen Ansatz auch als „anthropologischen“ Realismus. Er wird auch „klassischer“ Realismus genannt, um ihn von einer neueren Variante, dem „Neorealismus“ abzugrenzen.

Der Neorealismus, den Kenneth Waltz ausführlich begründet hat, dessen Grundkonzeption aber schon bei John Herz vorliegt, interessiert sich weniger für die Natur des Menschen. Hier ist die Machtkonkurrenz kein biologisches oder anthropologisches Problem, sondern ein soziales, das sich aus der Struktur des internationalen Systems ergibt. Die Struktur des internationalen Systems ist dadurch gekennzeichnet, dass eine übergeordnete Ordnungs- und Sanktionsmacht, vor allem ein Gewaltmonopol fehlt. Diesen Zustand bezeichnet der Realismus als „anarchisch“. Unter den Bedingungen der Anarchie bleibt den Staaten gar nichts anderes übrig, wenn sie überleben wollen, als ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, d. h. vor allem für ihre Sicherheit Sorge zu tragen. Hier liegt ein wichtiger Akzentunterschied zum klassischen Realismus. Staaten betreiben Machtpolitik nicht aus einem menschlichen Machtrieb heraus; ihr Hauptinteresse ist gar nicht die Macht, sondern die Sicherheit. Aber Sicherheit erwirbt man eben auch nur durch Machtmittel. Macht- und Gegenmachtbildung, im Idealfall ein Machtgleichgewicht, sind zwangsläufig, ja fast automatisch zentrale Instrumente der Überlebenssicherung und gleichzeitig der Stabilisierung der Staatenbeziehungen: „Balance-of-power politics prevail wherever two, and only two, requirements are met: that the order be anarchic and that it be populated by units wishing to survive.“¹¹ Da alle Staaten vor derselben zentralen Herausforderung stehen, nämlich das Überleben in der Anarchie sicherzustellen, werden bei Waltz ihre Machtpotenziale zu dem einzigen Medium, das sie wirksam unterscheidet; sie sind gleichzeitig die „Münze“ der Balance-of-Power Politik.

Weil der Neorealismus die Ursachen der Machtpolitik in der (offenen) Struktur des Internationalen Systems ansiedelt und nicht in der Natur des Menschen, nennt ihn die IB auch „strukturellen Realismus“. Dieser strukturelle Ansatz lässt sich sehr eindrucksvoll an der Kategorie des „Sicherheitsdilemmas“ erläutern, die John Herz in einem Aufsatz von 1950 vorgestellt hat. Auch bei Herz treibt nicht die Herrschsucht der Menschen die Staaten in die Machtpolitik, sondern die Angst um ihre Sicherheit. Individuen, Gruppen (und Staaten), die in einer Konstellation leben, die des Schutzes „von oben“ entbehrt (also in der „Anarchie“, wie Waltz sagen würde), müssen um ihre Sicherheit vor Angriffen, Unterwerfung, Beherrschung oder Vernichtung durch andere Gruppen (Staaten) fürchten, eine Besorgnis, die „sich aus der Sachlage selber ergibt“. Um sich zu schützen, sehen sie sich gezwungen, Macht zu akkumulieren, um der Macht der anderen begegnen zu können. Das aber macht die anderen erst recht unsicher, und sie antworten ihrerseits wieder mit Machtanhäufung: „Da sich in einer Welt derart konkurrierender Einheiten niemand je ganz sicher fühlen kann, ergibt sich ein Wettlauf um die Macht, und der Teufelskreis von Sicherheitsbedürfnis und Machtanhäufung schließt sich.“¹² Das heißt

also, das Sicherheitsdilemma besteht auch – oder genauer gesagt – gerade und nur dort, wo keine Seite aggressive Absichten verfolgt!

Sowohl der anthropologische wie der strukturelle Realismus schränken die Wahlmöglichkeiten für politisches Handeln in den internationalen Beziehungen und damit auch die Fortschrittsperspektive erheblich ein: im einen Fall durch den Machtrieb des Menschen, der elementar biopsychologisch begründet ist; im anderen Fall durch die Struktur des internationalen Systems, für das keine (wirksame) übergeordnete Schutz- und Sanktionsmacht in Aussicht steht. Aber beide determinieren die internationale Politik nicht völlig, es bleibt ein Spektrum von Verhaltensoptionen. Im klassischen Realismus ist eine Zügelung des Machtriebs möglich und sinnvoll, besteht die politische Herausforderung also nicht nur darin, Machtübergriffen durch Gegenmachtbildung zu begegnen, sondern auch darin, Macht sittlich verantwortlich und vernünftig einzusetzen. Im strukturellen Realismus bleibt offen, ob die Staaten sich darauf konzentrieren, eine einmal erreichte machtpolitische Position zu halten, oder ob sie ihre Machtposition im Streben nach Sicherheit immer weiter ausdehnen (müssen). Bei Waltz heißt es wörtlich: „They (die Staaten, G.K.) are unitary actors, who, at a minimum, seek their own preservation and, at a maximum, drive for universal domination.“¹³

Aus dieser Offenheit haben sich im Realismus weitere Varianten gebildet. So wird im strukturellen Realismus häufig zwischen „defensivem“ und „offensivem“ Realismus unterschieden. Während etwa Joseph Grieco die Staaten als „defensive Positionalisten“ bezeichnet, die in der Interaktion mit anderen Staaten sehr genau auf die „relative gains“ achten, also auf die Verteilung der Gewinne aus der Zusammenarbeit, die aus Sicherheitsgründen langfristig nicht zu ihren Lasten gehen darf, geht z. B. John Mearsheimer davon aus, dass die Staaten aufgrund ihres Strebens nach Sicherheit in einer prinzipiell unsicheren Umwelt geradezu dazu verdammt sind, ihr Machtpotenzial zu maximieren, auch wenn sie sich dabei – und das ist der tragische Aspekt der Geschichte – übernehmen.¹⁴ Eine andere Variante des Realismus variiert die „Machtmechanik“ bei Waltz dahingehend, dass sie zwischen die Machtpotenziale der Staaten und ihre Gleichgewichtspolitik eine intervenierende Variable einfügt, nämlich die Wahrnehmung der Bedrohung. Staaten bilden nicht automatisch Gegenmacht, sie schließen sich u.U. auch einer starken Macht an; das hängt immer davon ab, welche Macht sie als Bedrohung bzw. als die stärkere Bedrohung empfinden.¹⁵ Es gibt also keine Automatik in der Gleichgewichtspolitik, sie wird vielmehr über Deutungen, d. h. in diesem Fall von Freund-Feind-Interpretationen gesteuert.

Damit verlässt der Realismus den Kern seiner Programmatik, übernimmt er einen „konstruktivistischen“ Gedanken. Es gibt eine Reihe solcher „Anleihen“ bei anderen Theorietraditionen in neueren Beiträgen des Realismus.¹⁶ Das ist prinzipiell legitim und fruchtbarer als die verkrampfte Abschottung der eigenen Denktradition, um ihre (vermeintliche) Überlegenheit aufrecht zu erhalten. Die Stärke des Realismus besteht u. a. darin, dass er auf die historische und die aktuelle Realität von Machtinteressen verweist und ideologiekritisch verleugnete oder getarnte Machtinteressen in „idealistischen“ Entwürfen entlarvt. Hier gibt es Berührungspunkte zwischen „realistischer“ und marxistischer Ideologiekritik. Außerdem macht der Realismus auf Kooperationshindernisse in den internationalen Beziehungen aufmerksam, die nicht in der Verantwortung der Staaten und ihrer Führungen liegen, sondern in der Offenheit und Unsicherheit des internationalen Systems. Schwächen

des Realismus liegen u. a. in der mangelnden Eindeutigkeit der Kategorie der Macht, außerdem ist ihre anthropologische Fundierung problematisch. Sozialwissenschaftlich von besonderem Interesse wäre doch die Frage, unter welchen historischen und politischen Voraussetzungen der „Machttrieb“ (wenn es einen solchen gibt) sich so oder so entfaltet und in welchem Verhältnis er jeweils zu den prosozialen Bedürfnissen und Antrieben menschlichen (und damit auch politischen) Handelns steht. Was den strukturellen Realismus angeht, so ist darauf hinzuweisen, dass auch das Sicherheitsdilemma keine überzeitliche Kategorie bildet, sondern seinerseits variiert und der Interpretation unterliegt. Die Struktur des internationalen Systems lässt den Akteuren immer noch ein breites Spektrum an Handlungsmöglichkeiten, wie Kenneth Waltz, der führende Vertreter des strukturellen Realismus, selbst einräumt.

2.2 Institutionalismus

Dass die Staaten im internationalen System – zumindest ansatzweise – eine Interessen- und sogar eine Wertegemeinschaft bilden, diese Auffassung vertritt die so genannte Englische Schule, deren zentrale Kategorie nicht das internationale System, sondern die „international society“ ist. Vielfach wird die Englische Schule als Variante des Realismus bezeichnet, aber das ist eine Fehleinschätzung. Hedley Bull (1932–1985), einer ihrer führenden Vertreter, unterschied selbst zwischen einer hobbesianischen, einer grotianischen und einer kantianischen Tradition IB-relevanter politischer Theorie; schon das spricht eindeutig für die Aufteilung in Realismus (für den Hobbes steht), Institutionalismus (Grotius) und Liberalismus (Kant).¹⁷ Der Niederländer Hugo de Groot, genannt Grotius (1583–1645), gilt als einer der Begründer des modernen Völkerrechts. Die Grotianer (die Institutionalisten) sagen gegen die Hobbesianer (die Realisten), dass sich die Staaten nicht in einem Kampf aller gegen alle befinden oder aus Angst um ihre Sicherheit ständig voreinander auf der Hut, sondern dass sie durch gemeinsame Regeln und Institutionen gebunden sind. Staaten leben nicht nur im Schatten des Krieges, sie praktizieren vielfältige Verkehrsmöglichkeiten, die meisten davon mehr oder weniger friedlich und mehr oder weniger regelgeleitet. Wie der Realismus geht auch der Institutionalismus von der „Anarchie“ im internationalen System aus, aber diese Anarchie enthält Elemente der Vergesellschaftung. Nicht zufällig heißt Hedley Bulls Standardwerk von 1977, das vielfach nachgedruckt und 1995 neu aufgelegt wurde: „The Anarchical Society: A Study of Order in World Politics.“ Auch in der „Anarchie“, d. h. ohne Gewaltmonopol und übergeordnete Sanktionsgewalt, versuchen Staaten, ihr Zusammenleben gemeinsam so zu organisieren, dass ihre Grundziele (Sicherheit vor Gewalt, Verlass auf Verabredungen und Vereinbarungen, Stabilität in ihren Besitzständen) gewährleistet werden:

The element of international society has always been present in the modern international system because at not stage can it be said that the conception of the common interests of states, of common rules accepted and common institutions worked by them has ceased to exert an influence. *Most states at most times pay some respect to the basic rules of coexistence in international society, such as mutual respect for sovereignty, the rule that agreements should be kept, and rules limiting resort to violence.* In the same way most states at most times take part in the working of common institutions: the forms and procedures of international law, the system of diplomatic representations, acceptance of the special position of great powers, and universal international

organisations such as the functional organisations that grew up in the nineteenth century, the League of Nations and the United Nations. *The idea of 'international society' has a basis in reality that is sometimes precarious but has at no stage disappeared.*¹⁸

Dieses schöne Zitat enthält mehrere zentrale Elemente des Institutionalismus. Einmal das breite Verständnis von Institution, das die weltumspannenden internationalen Organisationen einschließt, aber nicht mit dem Begriff der Organisation identisch ist. „Institution“ – hier im Sinne von „sozialer Institution“ – bedeutet so viel wie ein „Satz von Gewohnheiten und Praktiken, die auf die Verwirklichung gemeinsamer Ziele ausgerichtet sind“.¹⁹ Die wichtigste Institution in der modernen „society of states“ ist die Souveränität. Aber bedenken Sie, dass diese Souveränität nicht – wie im Realismus – bloß eine Eigenschaft jedes einzelnen Staates ist. Im (normativen) Institutionalismus ist staatliche Souveränität ein Ergebnis wechselseitiger Anerkennung, sie ist selbst schon Bestandteil der Regelmäßigkeit in der „anarchical society“. Zu den anderen wichtigen Institutionen rechnet Hedley Bull das Völkerrecht, die Diplomatie oder das gemeinsame (Krisen-)Management der Großen Mächte. Damit man diese „großen“ Institutionen besser von den kleineren, auf einzelne Politikfelder bezogenen, unterscheiden kann, werden sie in den IB auch „Makroinstitutionen“ genannt, im Unterschied zu den „Regimen“, die man als „Mikroinstitutionen“ bezeichnen kann. Auch die „Balance of Power“ ist eine solche Makroinstitution. Der Unterschied zum Realismus bei Waltz besteht darin, dass sie sich im Institutionalismus nicht von selbst, gleichsam automatisch einstellt, wie von einer „unsichtbaren Hand“ gesteuert. (Bei Waltz ist diese Hand das Überlebensinteresse der Staaten unter Bedingungen der Anarchie, eindeutig eine Parallele zum Markt in der Ökonomie.) In der „international society“ wird über die Balance of Power kommuniziert, sie wird zum Gegenstand von intellektuellen Überlegungen, von Verhandlungen und Verabredungen.

Das Zitat enthält auch eine Anspielung auf den von David Mitrany noch während des Zweiten Weltkrieges begründeten Funktionalismus, der davon ausgeht, dass sich durch wachsende wirtschaftliche Verflechtung Zwänge zur Kooperation ergeben, vor allem auch ganz praktisch-technische, die sich in einer ständig wachsenden Zahl internationaler Organisationen niederschlagen.²⁰ Und es macht deutlich, dass der Institutionalismus keineswegs naiv idealistisch ist. Zwar geht Bull davon aus, dass Staaten sich nicht nur aus egoistischen Zweckmäßigkeitserwägungen an Regeln halten („rules of prudence or expediency“), sondern dass Moral, Recht und Gesetz ihr eigenes Gewicht gewinnen. In der „international society“ werden Staaten in ein Verhalten sozialisiert, das über rein rationalistische Interessenkalküle hinausgeht. Aber Bull sagt ausdrücklich, dass diese Sozialisationsleistung prekär ist, d. h. nicht immer ausreicht, die Ordnung mithin nicht garantiert ist.

Die Regimetheorie, die rationalistische oder utilitaristische Variante des Institutionalismus,²¹ kommt ohne diese Sozialisationsleistungen aus, hier kooperieren die Staaten allein auf der Grundlage von Interessenkalkülen. Die Regimeanalyse ist zunächst in den USA in den siebziger Jahren entstanden, und zwar vor dem Hintergrund der Abschwächung der amerikanischen Hegemonie, der Entspannung zwischen USA und Sowjetunion, der wachsenden weltweiten wirtschaftlichen Verflechtung und des Aufkommens der neuen Globalprobleme wie Energieknappheit und Umweltkrise. Auch hier sind die Titel der „klassischen“ Texte Programm: „Power and Interdependence“ von Robert O. Keohane und Joseph S. Nye (1977) oder „After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy“

von Robert O. Keohane (1984). In Europa, insbesondere in Deutschland, ist die Regimeanalyse eine fruchtbare Synthese mit Fragestellungen aus der Friedens- und Konfliktforschung eingegangen.²²

Der rationalistische Institutionalismus liegt noch näher beim Realismus als die Englische Schule, weil er nicht nur die Grundannahme der Anarchie teilt, sondern von den Staaten als „rationalen Egoisten“ ausgeht. Aber der (rationalistische) Institutionalismus nimmt an, dass Staaten ein ernsthaftes Interesse an Kooperation haben, weil die einseitige Machtausübung zu suboptimalen Ergebnissen führt und weil bestimmte überregionale oder gar globale Probleme, von denen alle betroffen sind, nicht mehr ohne Zusammenarbeit zu lösen sind. Das Problem besteht freilich nicht darin, dass die Vorteile der Kooperation nicht unmittelbar einsichtig wären. Das Problem besteht darin, dass parallele Interessen zwar eine notwendige, aber noch keine hinreichende Grundlage für das Zustandekommen kollektiven Handelns sind. Selbst bei identischen Interessen kann es passieren, dass Akteure nicht zur Kooperation finden. Hier gibt es keinen Dissens mit dem strukturellen Realismus, das Sicherheits- oder das Kooperationsdilemma, die sich beide aus der offenen Struktur des internationalen Systems ergeben, erkennt der Institutionalismus ausdrücklich an.

Das Kooperationsdilemma lässt sich gut mit einem Gleichnis aus der Spieltheorie verdeutlichen: der Hirschjagd. Stellen Sie sich vor, fünf Menschen beschließen, gemeinsam einen Hirschen zu jagen, weil sie großen Hunger haben. Das Projekt hat aber nur Aussicht auf Erfolg, wenn alle ihre Aufgabe konzentriert erfüllen und sich an die Absprachen halten. Um den Hunger eines Einzelnen zu stillen, würde freilich auch ein Hase ausreichen. Was passiert also in dem Moment, in dem ein Hase bei einem der fünf Menschen, die sich im Wald postiert haben, auftaucht? Er schießt den Hasen, und der Hirsch entkommt. Damit ist die Grundlage für die Kooperation entfallen, aber der Schütze hat keineswegs irrational gehandelt. Denn wie kann er sich darauf verlassen, dass nicht eine(r) der anderen vier den Hasen schießt, wenn er ihn laufen lässt? Dann hätte *er* nämlich gar nichts. Wenn es in der „Anarchie“ harmonisch zugehen soll, dann muss ich mich nicht nur selbst rational (im Sinne der langfristigen, gemeinsamen Interessen) verhalten, ich muss auch davon ausgehen können, dass sich alle anderen an die *kollektive* Rationalität halten.

Der Kooperation entgegen stehen also (1) die Erwartungsunsicherheit über die Verpflichtungskonsequenz der anderen Akteure, (2) die Frage der Kosten- und Nutzenverteilung aus der Kooperation, (3) die Attraktivität der Rolle des nutznießenden Abtrünnigen. Das „Spiel“ Hirschjagd lässt sich auf alle Situationen in der internationalen Politik übertragen, in denen Staaten wählen müssen zwischen (langfristig) gewinnbringender, aber unsicherer Kooperation auf der einen und unilateraler Vorteilssuche, die weniger, aber dafür (kurzfristig) sicheren Gewinn verspricht, auf der anderen Seite. Der rationalistische Institutionalismus behauptet nun, dass solche Dilemma-Situationen überwunden werden können, und zwar durch so genannte „internationale Regime“. Internationale Regime (nicht zu verwechseln mit „Regimen“ im Sinne von Herrschaftssystemen) sind definiert als norm- und regelgeleitete Formen der Kooperation zwischen Staaten zur politischen Bearbeitung von Konflikten oder Problemfeldern in den internationalen Beziehungen. (Wegen der konkreten Politikfelder wie z.B. dem Ozonloch oder der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen heißen die Regime in den IB auch Mikroinstitutionen.) Regime sind nicht identisch mit internationalen Organisationen (die UNO oder die NATO sind keine

Regime), sie sind ein Konstrukt aus Verabredungen und Erwartungen, die das Verhalten der Beteiligten in einem Problemfeld regulieren. Regime können allerdings internationale Organisationen schaffen oder sich bereits bestehende zunutze machen.

Regime institutionalisieren Kooperation durch vier hierarchisch miteinander verbundene Mechanismen: *Prinzipien* formulieren eine gemeinsame Problemsicht und eine gemeinsame Zielvorstellung. (So würde sich die Zerstörung der Ozonschicht auf Dauer überall nachteilig auswirken, und sie konnte nur durch gemeinschaftliches Handeln geschützt werden, da die anthropogene Verursachung erkannt war.)²³ *Normen* sind allgemeine Verhaltensstandards, die den Weg zur Problemlösung im Sinne von Geboten und Verboten angeben. (So z. B. im NV-Regime: Du sollst keine Nuklearwaffen erwerben – für die Nichtnuklearwaffenstaaten – bzw. Du sollst keine Nuklearwaffen weitergeben – für die Nuklearwaffenstaaten.)²⁴ *Regeln* bezeichnen in der Regimeanalyse spezifische Verhaltensvorschriften, welche die Normen konkretisieren und ihre Einhaltung im Einzelnen mess- und überprüfbar machen; also die zum Teil sehr umfangreichen detaillierten Verabredungen und Bestimmungen in einer Vielzahl regionaler und globaler Regime auf den verschiedensten Gebieten (Wirtschaft, Umweltschutz, Menschenrechte, Sicherheit), so wie sie sich mit unterschiedlichem Erfolg in den internationalen Beziehungen inzwischen herausgebildet haben. *Verfahren* schließlich sind eine Art Regeln für den Umfang mit den Regeln bzw. mit dem Regime insgesamt. Dazu gehören Bestimmungen für die Überprüfung von Vereinbarungen, für die Streitschlichtung bei Auslegungskonflikten, für die Beschlussfassung oder die Neuaufnahme von Mitgliedern.

Im Realismus steht die Kooperation im Schatten der Macht- und Sicherheitskonkurrenz, kooperieren die Staaten überwiegend aus taktischen Überlegungen. Institutionen verändern die Kooperationsneigung der Staaten nicht, denn die Staaten werden sie in ihrem Sinne beeinflussen, wenn es ihre Interessen erfordern oder ihre Macht erlaubt. Auch defensive Realisten, die nicht von der Dominanz unvereinbarer Interessensgegensätze in der internationalen Politik ausgehen, sondern das Sicherheits- und das Kooperationsdilemma in den Vordergrund stellen, bleiben skeptisch. Sie argumentieren, dass Staaten oft nicht genau wissen, ob sie sich in einem solchen Dilemma oder in einem „echten“ materiellen Interessenkonflikt befinden. Der Preis für eine Fehleinschätzung kann sehr teuer werden. Oder Misstrauen und Furcht vor unlauteren Absichten der Gegenseite sind einfach zu groß, um dauerhaft Kooperation zu etablieren.²⁵ Der (rationalistische) Institutionalismus nimmt demgegenüber an, dass Staaten, die ihre eigenen Interessen verfolgen, Möglichkeiten suchen und finden, auch in einer nicht-hierarchischen oder nicht-hegemonialen Ordnung Kooperation zu institutionalisieren. Es kommt insbesondere dann zur Kooperation, wenn Staaten ohnehin defensiv orientiert sind, wenn unkooperatives Handeln zu suboptimalen Ergebnissen für alle Beteiligten führt, und bei zunehmender Interdependenz zwischen Staaten bzw. ihren Gesellschaften. Die Vermittlung zwischen der offenen Struktur des internationalen Systems auf der einen und der erwünschten und als sinnvoll erachteten Zusammenarbeit leisten „internationale Regime“, Mikroinstitutionen, die Erwartungssicherheit über das Verhalten anderer Akteure stabilisieren, die Information verbessern und die Kosten für Kommunikation und Kooperation senken.

2.3 Liberalismus

Der Liberalismus in den IB ist eine sehr breite und heterogene Theorietradition.²⁶ Dazu gehört z. B. der Handelsliberalismus, auf den ich hier nicht eingehen kann. Auch der Institutionalismus kann historisch dem Liberalismus im weitesten Sinne zugerechnet werden. So trat die Regimeanalyse in ihren Anfängen als „neoliberal institutionalism“ auf, und Sie werden noch Texte finden, in denen sie einfach als „liberalism“ bezeichnet wird.²⁷ Das ging gut, solange der neoliberale Institutionalismus in den jüngeren IB-Diskussionen die einzige relevante Herausforderung des etablierten Realismus war. Das hat sich in den letzten zwanzig Jahren jedoch erheblich verändert, und inzwischen hat sich für die Regimeanalyse die Bezeichnung Institutionalismus oder „rationalistischer Institutionalismus“ durchgesetzt. Dadurch ist in den IB der Begriff „Liberalismus“ für die Wiederbelebung eines anderen Strangs der liberalen Theorie frei geworden.

Der Kern liberaler Theoriebildung in den IB, die in Deutschland vor allem im Rahmen der Friedensforschung schon in den siebziger Jahren von sich reden machte und in den USA dann in den achtziger und neunziger Jahren an Gewicht gewann, und zugleich die entscheidende Differenz zum Realismus wie zum Institutionalismus besteht in der Verlagerung des Fokus der Analyse. Nicht der Staatenwelt, ihrer Machtverteilung oder ihren Kooperationshindernissen, sondern den Präferenzbildungsprozessen in den einzelnen staatlich organisierten Gesellschaften gilt das vorrangige Interesse des heutigen IB-Liberalismus. Für die liberale Theorie der internationalen Beziehungen ausschlaggebend ist, dass die bevorzugten Handlungsoptionen der Staaten durch die Aufnahme und Umwandlung von Anforderungen aus ihrem gesellschaftlichen Umfeld entstehen. Staaten haben keine einheitlichen Vorstellungen von ihren Zielen und Interessen, wie Realisten und InstitutionalistInnen annehmen; sie folgen einem Verständnis von Sicherheit, Wohlfahrt und Souveränität, so wie es von demokratischen Mehrheiten oder mächtigen Interessengruppen definiert wird. Dass die einen oder anderen gesellschaftlichen Akteure in den Präferenzbildungsprozessen zwischen Gesellschaft und Staat besser repräsentiert werden, tut dabei nichts zur Sache. Internationale Politik entsteht im Liberalismus aus dem Zusammentreffen unterschiedlicher gesellschaftlicher (auch transnationaler) Präferenzen, die von den Staaten vermittelt und in Beziehung gesetzt werden müssen. Dabei kann es zu gemeinsamen Interessen, zu Konkurrenz, aber auch zu gewaltsamen Konflikten kommen. Auch im Liberalismus können Staaten um ihre Sicherheit besorgt sein. Aber sie sind es nicht aufgrund einer bestimmten Mächtekonstellation oder aus Unsicherheit, sondern aufgrund divergierender staatlich repräsentierter gesellschaftlicher Präferenzen.²⁸

Zwar gilt die liberale IB-Theorie für alle Bereiche der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen, aber der Zusammenhang zwischen Herrschaftsform und Gewalt, konkret zwischen Demokratie und Frieden, hat die größte Aufmerksamkeit in der Forschung gefunden.²⁹ In Deutschland hat Ernst-Otto Czempiel 1972 diesen Zusammenhang zuerst theoretisch neu begründet.³⁰ Der Kern des Arguments lautet, dass partizipatorische Herrschaftssysteme einen hohen Konsens erzielen und deshalb weitgehend gewaltfrei sind. Herrschaftssysteme aber, die nach innen weitgehend gewaltfrei sind, werden auch in den Beziehungen zu ihrer internationalen Umwelt die Gewalt vermeiden, was die Verteidigung freilich nicht ausschließt. Die demokratische Friedenstheorie kann auf einen breiten Fundus an neuzeitlicher

Theoriebildung zurückgreifen.³¹ Schon der alte republikanische Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts hatte argumentiert, die Verbreiterung der politischen Partizipation und Repräsentation werde die Außenpolitik der Staaten zügeln, weil mehr Menschen die Gelegenheit bekommen, über Aktivitäten mitzubestimmen, deren Lasten und Risiken sie im Zweifel selbst zu tragen haben und nicht mehr auf andere abwälzen können. Nur wenn sich spezifische Interessengruppen, die am Krieg oder am Imperialismus verdienen, des Staates bemächtigen, wird die moderierende und pazifizierende Wirkung gesellschaftlicher Partizipation in der Außenpolitik wieder aufgehoben. Am häufigsten wird in diesem Zusammenhang Kants Schrift „Vom ewigen Frieden“ aus dem Jahre 1795 genannt, der damals schon einen engen Zusammenhang zwischen einer republikanischen Verfassung, die durch Gewaltenteilung, Repräsentation und Rechtsstaatlichkeit charakterisiert ist, und der Perspektive des Friedens herstellte:

Wenn wie es in dieser Verfassung nicht anders sein kann, die Beistimmung der Staatsbürger dazu erfordert wird, um zu beschließen, „ob Krieg sein solle, oder nicht“, so ist nichts natürlicher, als dass, das sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müssten (als das sind: selbst zu fechten; die Kosten des Krieges aus ihrer eigenen Habe herzugeben; die Verwüstung, die er hinter sich lässt, kümmerlich zu verbessern; zum Übermaße des Übels endlich noch eine, den Frieden selbst verbitternde, nie (wegen naher immer neuer Kriege) zu tilgende Schuldenlast selbst zu übernehmen), sie sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen.³²

Das ist das rationalistisch-utilitaristische Zentrum der liberalen Friedenstheorie: Wenn sich die Interessen der Bürger bei den politischen Entscheidungen durchsetzen, dann gibt es keine (Angriffs-)Kriege mehr. Es kommen bei anderen Theoretikern institutionelle, kulturelle und herrschaftssoziologische Aspekte hinzu. Herrschaftssysteme, die keinen Repressionsapparat brauchen, haben auch keinen Militärapparat, der sich verselbständigen oder für Expansion zu Verfügung stehen könnte. Auch dauern partizipatorische Entscheidungsprozesse in der Regel länger, was ebenfalls die Neigung und die Fähigkeit zu kriegerischen Abenteuern dämpft. Außerdem werden Individuen und Gruppen, die dazu angehalten werden und lernen, ihre persönlichen und sozialen Konflikte gewaltfrei auszutragen, den Zwang zum Kompromiss internalisieren und auf ihre internationalen Beziehungen übertragen. Schließlich geben Freiheit und Mitbestimmung der Bürger ihrer republikanisch (wir sagen heute: demokratisch) verfassten Gesellschaft ein hohes Maß an Legitimität. So entsteht weder der Bedarf noch die Versuchung, diesen Konsens durch Verweis auf Bedrohungen von außen, auf einen Feind, gegen den es zu Felde zu ziehen gelte, künstlich herzustellen, oder die Frustrationen über ungerechte oder repressive Herrschaft nach außen abzuleiten.

Die breite quantitative und nicht-quantitative empirische Forschung zum demokratischen Frieden bestätigt die Theorie nur zum Teil.³³ Nur eine Minderheit der Forscherinnen und Forscher sieht Demokratien generell als friedfertig an. Eine andere Minderheit sieht nach wie vor keinen Zusammenhang zwischen Herrschaftsform und Kriegs- bzw. Friedensneigung. (Das heißt, auch Demokratien führen Angriffskriege, auch Nicht-Demokratien verhalten sich friedlich.) Die Mehrheit vertritt den „Doppelbefund“, der besagt, dass Demokratien zwar untereinander so gut wie keine Krieg führen, sehr wohl aber gegen Nicht-Demokratien, und zwar keineswegs nur zur Verteidigung. Einige Forscher erklären dieses Ergebnis mit einer Variante des Sicherheitsdilemmas. Demokratien vertrauen anderen Demokratien, von ihnen fühlen sie sich nicht bedroht. Herrschern, die ihre eigene Bevölkerung unter-

drücken, die nach innen sogar Gewalt anwenden, trauen Demokratien dagegen auch in den internationalen Beziehungen nicht. Kommt es zu einem Konflikt mit einer Nicht-Demokratie, dann rechnen Demokratien nicht mit Zurückhaltung, und sie verhalten sich selbst entsprechend rigide. Im politischen Verkehr zwischen Demokratien entstehen also positive Rückkopplungen des Vertrauens, wird das Sicherheitsdilemma entschärft. Zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien kommt es nicht zu dieser Vertrauens-, sondern im Gegenteil zu einer Misstrauensspirale.³⁴

Obwohl manche Autoren davon sprechen, der Zusammenhang zwischen Demokratie und Frieden oder genauer: die fast vollständige Abwesenheit des Krieges zwischen Demokratien sei eine der wenigen Quasi-Gesetzlichkeiten in den internationalen Beziehungen, bleibt der Befund umstritten. Instabile Demokratien, so jedenfalls die Untersuchungen von Mansfield und Snyder, führen sogar mehr Krieg als autoritäre Regime, sie führen auch Kriege gegen andere Demokratien. Auch Menschen in Demokratien sind für Nationalismus, ja sogar für Appelle an Krieg und Heroismus anfällig oder können für Kriegsbereitschaft manipuliert werden.³⁵ Reichhaltiges Anschauungsmaterial bieten dafür nicht nur die Beinahe-Kriege zwischen Demokratien im 19. und 20. Jahrhundert, sondern auch die Geschichte der frühen westlichen Demokratien, die deutsche Geschichte, in jüngster Zeit der Demokratisierungsprozess in Ost- und Südosteuropa bzw. in Russland und anderen GUS-Staaten. Nimmt man das Nord-Süd-Verhältnis hinzu, dann gerät auch für stabile und reife Demokratien die Unschuldsvermutung ins Wanken. So lässt sich z. B. der Vietnamkrieg oder der israelisch-palästinensische Konflikt keineswegs allein mit dem Sicherheitsdilemma erklären. Hier ging und geht es auch um Macht- und Herrschaftsinteressen von Demokratien. Schließlich gilt es vielfältige Formen der Intervention unterhalb des Krieges zu bedenken, mit denen die demokratischen Industriestaaten Entwicklung im Süden behindern bzw. gewaltsame Auseinandersetzungen in Entwicklungsländern direkt und indirekt fördern. Ein besonders dramatisches Beispiel für diesen Zusammenhang sind die wiederholten Interventionen der USA gegen Demokratie und Menschenrechte in Guatemala.³⁶

Kant war im Übrigen das „inhospitable Betragen der gesitteten, vornehmlich handeltreibenden Staaten unseres Weltteils“ gegenüber den fremden Ländern (des Südens), die sie eroberten und deren Einwohner sie „für nichts rechneten“, sehr wohl bekannt.³⁷ Die liberale Friedenstheorie täte gut daran, wenn sie diese Passagen des „Ewigen Friedens“ mit gleicher Ausführlichkeit thematisieren würde. Die Hinweise zur Nord-Süd Problematik und ihren verschiedenen direkten und indirekten Gewaltformen in Standardwerken über den demokratischen Frieden sind jedoch geradezu dürftig.³⁸

2.4 Marxismus

Als marxistisch kann man zunächst alle jene Theorietraditionen bezeichnen, die sich ausdrücklich und positiv auf Marx berufen. Im Laufe von 150 Jahren ist das allerdings ein sehr breites, heterogenes Feld geworden mit vielen Kontroversen und Übergängen zu anderen Theorietraditionen. Was die internationalen Beziehungen angeht, so lässt sich ganz allgemein Folgendes formulieren: Für Marxisten stehen nicht die Staaten per se oder die Anarchie der Staatenwelt im Zentrum der Analyse, sondern der Kapitalismus, der sich in Staaten organisiert und zugleich einen Welt-

marktzusammenhang konstituiert. Der Marxismus sieht ähnlich wie der Liberalismus die Staaten also nicht als Billardkugeln, die unterschiedslos oder nur durch Machtpotenziale differenziert auf der internationalen Ebene miteinander in Beziehung treten. Auch er schaut in die Staaten hinein und stellt einen Zusammenhang zwischen Gesellschaft und internationalen Beziehungen her. Aber der Marxismus setzt den Akzent anders als der Liberalismus. Für den Marxismus ist die Gesellschaftswelt eine kapitalistische, und das hat Konsequenzen. Eine dieser Konsequenzen ist, dass Marxisten die Welt der kapitalistisch organisierten Nationalstaaten gleichzeitig als eine durch den Weltmarkt hierarchisch strukturierte Welteinheit begreifen; so unterstellen sie z. B. eine Verbindung zwischen armen und reichen Ländern, zwischen Entwicklung und Unterentwicklung, so wie das Marx schon für die ursprüngliche Akkumulation und den Kolonialismus getan hat.

Marx selbst hat im Grunde keine Theorie der zwischenstaatlichen Beziehungen entwickelt, schon für ihre eigene Zeit haben Marx und Engels der kapitalistischen Globalisierung den Vorrang vor den Staatenbeziehungen eingeräumt.³⁹ Nach Marx schafft der Kapitalismus die materiellen Voraussetzungen für die Befreiung der Menschen aus Armut und Not und aus ihrer Abhängigkeit von der Natur; er schafft zugleich die Voraussetzungen dafür, dass dieser Reichtum allen zugute kommen wird, wenn das Proletariat im Endergebnis der globalen Vergesellschaftung durch die kapitalistische Entwicklung als weltweit vereinigte Klasse die Bourgeoisie entmachtet und selbst die Produktion planmäßig organisiert. Die Befreiung der Arbeiterklasse wird die Befreiung aller Klassen sein, und diese Befreiung wird zugleich universal sein. Ganz in diesem Sinne verstand sich die von den Bolschewiki in Russland 1917 organisierte Oktoberrevolution nicht als nationale Revolution, sondern als Beginn der Weltrevolution, der sich die fortgeschrittenen Industrieländer bald anschließen würden. Da die Weltrevolution jedoch ausblieb, musste die KPdSU die Rolle der sowjetischen Revolution neu definieren. Sie wurde umgedeutet zu einem im historischen Ansatz stecken gebliebenen Versuch einer weltweiten Organisation vereinter sozialistischer Nationen. An ihrer universalen Zielsetzung hat die KPdSU jedoch bis kurz vor dem Untergang des Sowjetkommunismus festgehalten, erst Gorbatschow hat allgemeine Menschheitsinteressen über den verstaatlichten Klassengegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus/Kommunismus gestellt und damit die Auflösung der parteikommunistischen Theorie der internationalen Beziehungen eingeleitet.⁴⁰

Als intellektuelle Tradition ist der Marxismus viel breiter als der Partei-Marxismus, er hat sich vielfach sogar in Opposition zur staatlich verwalteten und sanktionierten Version entwickelt. Der Widerspruch zwischen dem „real existierenden“ Sozialismus einerseits und den ursprünglichen Hoffnungen und Ansprüchen andererseits wurde ebenso zu einer Herausforderung für die marxistische Theorie wie die Fortdauer und Fortentwicklung des Kapitalismus, der sich nicht nur als produktiver, sondern auch als politisch attraktiver erwies. Die Ergebnisse dieser Auseinandersetzungen haben auch in den Internationalen Beziehungen zur Renaissance eines „offenen Marxismus“ geführt, der sich nicht nur kritisch mit der historischen Vergangenheit des Kommunismus, sondern auch mit Marx selbst auseinandersetzt und über ihn hinausgeht. Freilich gibt es dabei große Unterschiede, das Spektrum reicht von partiellen, angesichts der Entwicklungen unvermeidlichen Modernisierungen bis zur Forderung nach einer radikalen Reform der marxistischen Theorie. Für die Internationalen Beziehungen sind heute drei Varianten marxistischer Theorie-

bildung von Interesse. Die „Regulationstheorie“ diskutiert schwerpunktmäßig die Stabilisierung der einzelnen kapitalistischen Nationalökonomien in der Phase des „Fordismus“ und kommt erst über Analogiebildungen zu den internationalen Beziehungen. Der „transnationale historische Materialismus“ befasst sich mit transnationalen „historischen Blöcken“ und „Hegemonien“, die sich aus der grenzüberschreitenden Verflechtung von Produktion, Klassen und Ideologien entwickeln. Die (marxistische) „Weltsystemtheorie“ schließlich stellt den integrierten kapitalistischen Weltmarkt ins Zentrum ihrer Analyse. Ich kann hier nur eine der drei Varianten vorstellen.⁴¹

Die Regulationstheorie geht vom „Fordismus“ als einer historisch spezifischen Formation des Kapitalismus aus, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts die globalen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse geprägt hat. Das „Akkumulationsregime“ des Fordismus war gekennzeichnet durch die Massenproduktion standardisierter Konsumgüter, die Ausnutzung von Produktionsreserven (Fließband, Henry Ford!), die Erschließung der Binnenmärkte mittels Steigerung der Lohneinkommen sowie durch kontinuierliches Wirtschaftswachstum und einen gewissen Massenwohlstand. Mit diesem Akkumulationsregime korrespondierte auf der politisch-gesellschaftlichen Ebene die „Regulationsweise“ des keynesianischen Wohlfahrtsstaates, der im Rahmen verteilungspolitischer Kompromisse Lohn- und Produktivitätsfortschritte verkoppelte sowie die Staatstätigkeit erweiterte. Er sorgte so für die notwendige Massenkaufkraft, glich Konjunkturschwankungen aus und garantierte über sozialstaatliche Leistungen die Loyalität der Massen. In legalen Strukturen konnten die Lohnabhängigen ihre Interessen artikulieren, auch dadurch wurde der Klassenkampf institutionalisiert und entschärft. Auch auf der internationalen Ebene bedurfte die Durchsetzung des Fordismus neuer Formen der Regulation, um den in der Krise der dreißiger Jahre zusammengebrochenen Welthandel neu zu beleben und die Kapitalakkumulation im Weltmaßstab wieder auf eine sichere Grundlage zu stellen. Diese internationale Regulation – unter Führung der USA – besorgten der Internationale Währungsfonds und das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen.

Nach der Regulationstheorie ist nun dieses erfolgreiche Modell seit den siebziger Jahren in die Krise geraten und noch kein neues stabiles Modell in Sicht. Die Liberalisierung der Märkte und die wachsende Internationalisierung des Kapitals erzwingen Rationalisierung und Flexibilisierung. Damit aber werden viele der erreichten Standards bei Arbeitsplatzsicherheit, Regelung von Arbeitszeiten, sozialer Absicherung und Entlohnung abgebaut, wird langfristig der gesellschaftliche Konsens in Frage gestellt. Auch international ist die Regulierung in die Krise geraten. So ist das internationale Währungssystem von Bretton Woods auf der Grundlage fester Wechselkurse zerbrochen, die USA waren nicht mehr stark genug, es zu sichern; die Hoffnungen auf mehr Stabilität durch flexible Wechselkurse haben sich nur teilweise erfüllt. Eine neue Regulierung, die den kapitalistischen Weltmarktprozess, besonders die Finanzmärkte, wieder einer zureichenden politischen Kontrolle unterwirft, ist nicht in Sicht. Damit bleibt auch die auf die nationalen Staatsapparate gestützte politisch-soziale Regulierung, die Revitalisierung sozialer Ausgleichs- und Kompromissstrukturen akut gefährdet.

Einige Neomarxisten wie z. B. Alain Lipietz, einer der Begründer der Regulationstheorie, ziehen ganz unbefangenen Parallelen von der Regulationstheorie zur Regimetheorie, die unter dem Stichwort der „global governance“ ebenfalls Möglich-

keiten der internationalen Kooperation und Regulation zur Steuerung der Weltwirtschaft diskutiert, andere wie Joachim Hirsch oder Bernd Röttger lehnen Anleihen bei der Regimetheorie ab. Für sie bedeutet der Institutionalismus den „Abgesang auf die Erforschung komplexer Herrschaftsstrukturen“.⁴² Hirsch räumt ein, das Fehlen einer eindeutigen Hegemonialmacht müsse nicht unbedingt zum Zustand eines absoluten internationalen Chaos führen; aber die Regimetheorie bietet für ihn schon deshalb keine überzeugende Alternative, weil sie ökonomietheoretisch blind sei und die Dynamik der internationalen Kapitalakkumulation nicht begreife. Sie könne schon von ihren unzureichenden theoretischen Grundlagen her die Problematik einer Regulation der globalen kapitalistischen Ökonomie nicht erfassen.⁴³ Auch wenn die Kritik in dieser grundsätzlichen Form überzogen sein mag, so bleibt der Vorwurf der Vernachlässigung von Machtasymmetrien zugunsten der wirklichen „Global Players“, also der großen Konzerne, und von Exklusionsmechanismen zu Lasten großer Bevölkerungsgruppen, die ohne Marktmacht sind, ein starker Einwand gegenüber dem Institutionalismus.

Einig sind sich die verschiedenen Vertreter der Regulationstheorie darin, dass der Kapitalismus neue Formen der internationalen Regulation benötigt, wenn er wieder an Stabilität gewinnen will. Das Hauptdefizit auf der Ebene der Globalsteuerung bezieht sich auf die „Volatilität“ (Schwingungen, Launen) der internationalen Finanzmärkte, die für immer neue Krisen sorgen. Auf der Ebene der Legitimation ist der Kapitalismus von der Krise des Sozialstaats bedroht, u. a. auch deshalb, weil der zunehmenden Internationalisierung der Produktion und des Kapitalverkehrs und damit der gewachsenen „Argumentationsmacht“ des Kapitals keine vergleichbare Internationalisierung der Gewerkschaften gegenübersteht. Damit fehlt eine wichtige Voraussetzung für einen neuen historischen Kompromiss auf der Regulationsseite, der seinerseits die internationale Dimension (also z. B. internationale Sozialstandards) einbeziehen müsste. Auf einer noch grundsätzlicheren Ebene ist die kapitalistische Produktionsweise von den Rückwirkungen aus der immer noch zu wenig auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Nutzung der Natur gefährdet. Aber das ist eine Dimension, die über den Kapitalismus und die klassische marxistische Kritik hinausgeht. Alain Lipietz hat daraus die Konsequenz gezogen, die Dialektik müsse ihrerseits nicht nur auf die Füße, sondern auch wieder „auf die Erde“ gestellt werden. Soweit die marxsche Emanzipationstheorie auf die vollständige Kontrolle der Natur und damit die Befreiung des Menschen auch von ihren Zwängen und Bewegungsgesetzen ziele, sei sie vermessen – und maskulinistisch. Lipietz fürchtet, dass selbst bei Marx die Mutter Natur nur berücksichtigt wird, um sie „dem transformatorischen Gesetz des Vaters Arbeit“ zu unterwerfen.⁴⁴

3. Neuere (Groß-)Theorien in den Internationalen Beziehungen

3.1 Feminismus

Im Zusammenhang mit der neuen Frauenbewegung deckt die feministische Forschung seit etwa 30 Jahren durch alle Disziplinen hindurch auf, wo und wie in Geschichte und Gegenwart Frauen unsichtbar gemacht oder marginalisiert wurden und noch werden. In diesem Prozess hat die feministische Theorie die Internationa-

len Beziehungen relativ spät erreicht, was etwas mit der ausgeprägten männlichen Dominanz in diesem Bereich, und zwar in der Teildisziplin ebenso wie in ihrem Gegenstand, zu tun hat. Themen wie die Menschenrechte von Frauen, Frauen in Entwicklungsländern, die internationale Frauenbewegung und die Problematik von Militär, Krieg und Frieden werden schon in den achtziger Jahren angesprochen; englischsprachige feministische Monographien zu den Internationalen Beziehungen insgesamt und zur IB-Theorie gibt es erst seit den neunziger Jahren. In Deutschland ist der erste Sammelband über „Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft“ 1995, der erste zu den Internationalen Beziehungen allgemein aus feministischer Sicht 1998 erschienen. Eine Bibliographie zum Thema „Gender and International Relations“ vom März 1994, die nur die englischsprachige Literatur enthält, umfasste damals schon 145 Seiten.⁴⁵

Die zentrale Kategorie der feministischen Theorie ist „gender“.⁴⁶ Mit „gender“ beziehen sich der Feminismus oder die kritische Männerforschung auf die soziale Konstruktion des Geschlechts und auf die Beziehungen zwischen den Geschlechtern. Das umfasst die materiellen Bedingungen wie geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Eigentumsstrukturen, die ideologischen und psychologischen Prägungen von Männlichkeit und Weiblichkeit mit ihren symbolischen Repräsentationen sowie die Machtverteilung und die Gewalt zwischen den Geschlechtern. Ein passender deutscher Begriff für „gender“ wäre also „Geschlechterverhältnisse“; er wird häufig analog zu „gender“ in dem hier skizzierten umfassenden Sinne verwendet.

Es gibt verschiedene Versuche, feministische Theorie einzuteilen, am gebräuchlichsten ist jedoch eine Konzentration auf drei Hauptströmungen: liberaler, radikaler und postmoderner Feminismus. Dem liberalen Feminismus, der das Gleichheitspostulat der Aufklärung einklagt, das historisch noch nicht voll eingelöst ist, kommt es darauf an, Frauen sichtbar zu machen, ihre Leistungen und ihre Diskriminierung. Dementsprechend soll internationale Politik durch mehr rechtliche Gleichheit und bessere Partizipationschancen von Frauen reformiert werden. Der radikale Feminismus geht darüber hinaus. Er will nicht nur die Aktivitäten und Benachteiligungen von Frauen herausarbeiten, er betont vielmehr die Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Die Frauen sollen nicht (nur) aus Gründen der Gleichberechtigung ins Spiel gebracht werden, sondern weil sie besser, vor allem friedlicher sind, nach der Devise: wenn uns die männlichen Wertvorstellungen die Kriege eingebracht haben, dann werden weibliche Werte sie abschaffen. Die überlegene weibliche Moral wird dabei soziologisch bzw. sozialisationstheoretisch begründet. Der feministische Postmodernismus wiederum betont die Unterschiede zwischen den Frauen, denn „die Frau“ oder „die Frauen“ gibt es nicht. Die Notwendigkeit der Unterscheidung entwickelte sich aus Debatten zwischen Frauen unterschiedlicher Hautfarbe oder sexueller Orientierung, vor allem aus Kontroversen zwischen Frauen aus den Industriestaaten und der Dritten Welt. Wie der Begriff „man“ oder „human“ nur vermeintlich allgemein menschliche Erfahrungen und Interessen repräsentierte, tatsächlich aber Frauen ausschloss, so stand die Kategorie „woman“ offenbar für die Lebenswelten und Interessen weißer, heterosexueller Mittelschichtfrauen aus Europa, den USA, Australien oder Kanada.

Bei allen theoretischen und praktischen Differenzen gibt es ein gemeinsames Anliegen des Feminismus. Es geht darum, die Ausgrenzung, die Benachteiligung und die Unterdrückung von Frauen in der internationalen Politik zu überwinden. Feministische Theorie ist deshalb emanzipatorisch-herrschaftskritisch, denn die

realen internationalen Beziehungen (und auch die dazugehörige Teildisziplin der IB) sind „International Relations of Gender Inequality“. Aus diesem Erkenntnisinteresse ergibt sich ein enger Bezug zur frauenpolitischen Praxis in der internationalen Arena. Und schließlich ein globaler Ansatz, der die Ungleichheiten in den Geschlechterverhältnissen, so wie sie in die einzelnen Gesellschaften und ihre Beziehungen zueinander eingelassen sind, weltweit thematisiert.⁴⁷

Internationale Politik ist eine Domäne der Männer: Diplomaten, Staatsmänner (!), Krieger, Kaufleute sind traditionell männliche Rollen. Tatsächlich jedoch umfassen die internationalen Beziehungen mehr als die üblichen Haupt- und Staatsaktionen. Sucht man die Frauen in den internationalen Beziehungen, so wie das Cynthia Enloe in ihrem feministischen IB-Klassiker „Bananas, Beaches, and Bases“ getan hat, dann eröffnet sich eine andere Welt als die der großen Politik des Geldes, der Kanonen und der öffentlichen Persönlichkeiten.⁴⁸ Diese Männerwelt der großen Politik und Wirtschaft ist abhängig von weiblicher Zuarbeit, die sie ausbeutet. Das gilt für Militärbehörden, die überlegen, wie sie die sexuellen Dienste von Frauen um ihre ausländischen Militärbasen organisieren und kontrollieren können; oder Textil- und Elektronikfabrikanten, die planen, möglichst billige und willige, also weibliche Arbeitskräfte über Heimarbeit oder Exportproduktionszonen in der Dritten Welt in ihre arbeitsteilige Produktion einzubeziehen. Wussten Sie z. B., dass in den USA noch bis 1971 Frauen im diplomatischen Dienst ihren Beruf aufgeben mussten, wenn sie heirateten? Umgekehrt war es Tradition, dass von Diplomaten-Gattinnen erhebliche unbezahlte Mitarbeit erwartet wurde, ohne dass sie damit Anspruch auf Teile der Pension ihrer Männer erworben hätten. Mädchen- und Frauenhandel, Sex-tourismus und die Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft im diplomatischen Dienst oder in der internationalen Arbeitsteilung im Zuge der Globalisierung und Flexibilisierung der Produktion, das sind nicht gerade die zentralen Themen im „mainstream“ (manche Feministinnen sagen denn auch: „malestream“) der IB.

Auch wenn einzuräumen ist, dass die Frauen keine nationale oder globale Unterklasse für sich bilden und sich wie die Männer auf verschiedene Schichten, Ethnien und Nationalitäten verteilen und an deren Konflikten beteiligt sind, so lässt sich doch festhalten, dass Frauen in der Regel weniger Macht haben als Männer und strukturell benachteiligt sind. In jedem Fall verändert sich das Bild der internationalen Beziehungen, wenn wir auf die Geschlechterverhältnisse schauen. Es kommt dabei auch „Männlichkeit“ in den Blick. In der Tat wurde (und wird z.T. noch) Staatlichkeit mit Männlichkeit und vor allem mit männlicher Wehrhaftigkeit identifiziert. Männer (und erst recht Frauen), die sich in einem solchen Milieu behaupten wollen, müssen ihre so konstruierte Männlichkeit (oder Tauglichkeit) unter Beweis stellen. Ein sehr eindrucksvolles Beispiel für diese These bietet der deutsche Reichskanzler von Bethmann Hollweg, der in der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges von den Militärs und den „Hardlinern“ verdächtigt wurde, zu weich und damit kein richtiger Mann zu sein. Jedenfalls verteidigt er den damaligen harten Kurs in seinen nach dem Krieg verfassten Memoiren mit dem Argument, die entgegengesetzte Politik, nämlich eine Verständigung mit Russland, wäre einer „Selbstentmannung“ gleichgekommen.⁴⁹ Solche polarisierten Geschlechterbilder finden sich auch in jüngerer Zeit. Am Beispiel des amerikanischen Entscheidungsprozesses zur Eskalation im Vietnam-Krieg lässt sich zeigen, dass Zweifler keinen guten Stand hatten. Die Macher, die „can-do-guys“ waren gefragt, und damit waren immer auch sexistische Konnotationen verbunden im Sinne von Weichlichkeit gleich Weiblich-

keit. Und noch für Präsident Bush sr. ging es in den Militärinterventionen in Panama und im Golf auch darum, den so genannten „wimp“-Faktor – also den Vorwurf, er sei als Mann zu schwach, zu weich – zu bekämpfen.⁵⁰

Nicht nur bei Soldaten, auch bei Zivilisten, die sich beruflich mit Krieg und Militärstrategie beschäftigen, werden bestimmte Reaktionsweisen nicht zugelassen, weil sie als weiblich kodiert sind. Die amerikanische Politikwissenschaftlerin Carol Cohn hat über einschlägige Erfahrungen in diesem Milieu berichtet. Man muss sich dort entscheiden, wie ein Mann zu sprechen, das heißt „hardnosed, realistic, unsentimental, dispassionate“.⁵¹ Damit ist Emotionalität ausgeschlossen, aber nur scheinbar. Denn „männliche“ Emotionen, also Aggressivität, Rivalität, Macho-Gehabe sind stillschweigend erlaubt; nicht aber „weibliche“. Ein Physiker, der an Planungen für den Nuklearkrieg beteiligt war, hat Carol Cohn folgende Geschichte erzählt. Bei einem der üblichen Szenarios ergaben sich durch Veränderungen in der Planung nur 30 Millionen Tote statt vorher 36. Alle Beteiligten nickten zufrieden und schienen das Ergebnis zu schätzen. Plötzlich fuhr es dem Physiker heraus: „Wait, I’ve just heard how we’re talking – *Only thirty million! Only thirty million human beings killed instantly?*“ Silence fell upon the room. Nobody said a word. They didn’t even look at me. It was awful. I felt like a woman.“⁵²

Freilich gibt es hier auch eine andere Seite. Im amerikanischen Bürgerkrieg z. B. haben viele Soldaten, die für die Südstaaten kämpften, auch in der Endphase deshalb nicht aufgegeben, weil sie sich vor ihren weiblichen Verwandten schämten. Die Frauen in den Südstaaten kämpften auf ihre Weise für die Unabhängigkeit ihrer gesellschaftlichen Lebensform. Sie verwünschten den Feind, agitierten an der Heimatfront, warben für die Sache der Konföderierten und für die Meldung der Männer zum Wehrdienst, gründeten Vereine für Bedürftige und zur Betreuung von Soldaten und gaben einzeln und gemeinsam ein Beispiel für Kriegs-Enthusiasmus. Von den 32 nationalen Frauenorganisationen im Ersten Weltkrieg haben sich die meisten für die Mobilisierung zum Krieg engagiert.⁵³ Auf der anderen Seite können selbst Staatsmänner, die sich als Staatsmänner bewähren müssen, begreifen, dass es wichtiger ist, Kompromisse zu schließen, als sich in einer fragwürdigen „männlichen“ Weise zu behaupten. Als Präsident Gorbatschow – er interessierte sich dafür, wie man die Eskalation von Krisen verhindern kann – einen Bericht auf der Grundlage interner Interviews über die kubanische Raketenkrise von 1962 gelesen hatte, war er für eine Nacht um den Schlaf gebracht. Am nächsten Tag sagte er dem Politbüro, die Welt sei beinahe in die Luft geflogen, weil sich zwei Buben auf dem Schulhof darum gestritten hätten, wer den „bigger stick“ habe. Ja, aber die beiden Schulbuben Kennedy und Chruschtschow haben durch Kommunikation gelernt, ihre wechselseitige Wahrnehmung zu verändern und ihre Interessen und Ziele neu zu definieren. Zentral wurde für beide die Überlegung, den drohenden Krieg zu verhindern, nicht sich als der Stärkere zu beweisen. Wie es Chruschtschow in seiner klaren Sprache formuliert hat: „Ich bin kein zaristischer Offizier, der sich einen Kopfschuss geben muss, nur weil er auf einem Maskenball einen Furz gelassen hat. Es ist besser nachzugeben, als einen Krieg zu riskieren.“⁵⁴

Eine Möglichkeit, der Differenz zwischen männlichem und weiblichem Sozialcharakter in der Friedensfrage auf die Spur zu kommen, bieten empirische Forschungen über das „gender gap“, die Differenzen zwischen den Geschlechtern mit der Variation innerhalb der Geschlechter und den Einfluss des Merkmals Geschlecht mit anderen Variablen vergleichen. In der Tat gibt es in manchen Untersuchungen

sehr wohl eine auffällige Meinungsauftteilung in Fragen von Krieg und Frieden, insbesondere beim Einsatz militärischer Gewalt. Die Größe des „gap“ schwankt je nach Fragestellung und Umständen, nach wie vor sind jedoch die Gemeinsamkeiten zwischen den Geschlechtern auch in dieser Frage in der Regel größer als ihre Differenzen. Eine neuere Untersuchung über die Einstellung von Männern und Frauen im Nahen Osten zum dortigen Friedensprozess fand keine signifikanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern; allerdings lassen die Daten auf einen positiven Zusammenhang zwischen Einstellungen zur Gleichberechtigung und zum Friedensprozess schließen.⁵⁵ Dieser Zusammenhang wird von einer anderen Untersuchung bestätigt. Mary Caprioli konnte in einer quantitativ-statistischen Untersuchung belegen, dass sich die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern pazifizierend auf das Konfliktverhalten der staatlich organisierten Gesellschaften auswirkt.⁵⁶ Zusammengekommen würde das bedeuten, dass sich *beide* Geschlechter durch die Emanzipation verändern. Die asymmetrische Geschlechter-Polarisierung mit ihren gespaltenen Zuweisungen von Kompetenzen und Gefühlswelten, nicht die Unterdrückung „friedfertiger Frauen“ durch „kriegerische Männer“ wäre dann das Problem. Das aber verweist uns auf eine um die „gender“-Dimension erweiterte Variante der demokratischen Friedenstheorie.

3.2 Konstruktivismus

Der Konstruktivismus ist eine Forschungsperspektive, die in den letzten Jahren auch in den Internationalen Beziehungen an Bedeutung gewonnen hat. Hier ist kein Zusammenhang mit einer sozialen Bewegung gegeben, die Einflüsse kommen aus wissenschaftlichen Diskussionen in der Soziologie und in den Kulturwissenschaften. Das Ende des Ost-West-Konflikts, die Art und Weise, wie dieser Konflikt zu Ende ging, und die offenere Struktur des internationalen Systems haben die neue Aufmerksamkeit für konstruktivistisches Denken begünstigt. Der Konstruktivismus verfolgt drei Anliegen. Zum einen betont er das Wechselverhältnis zwischen kollektivem sozialem Handeln und sozialen Strukturen. Die (soziale) Realität – wie etwa der Geschlechterdualismus oder die Anarchie im internationalen System – ist sehr viel mehr von uns Menschen gemacht, als wir wahrhaben wollen; sie tritt uns zwar wie eine zweite Natur gegenüber, aber wir sind es, die sie in unserer Interaktion und Kommunikation immer wieder reproduzieren. Diese Realität kann also auch verändert werden, was nicht heißt, dass wir jederzeit spontan aus den von uns Menschen selbst geschaffenen (sozialen) Ordnungen aussteigen könnten. Soziale Fakten sind auch Fakten, sie können – zumindest kurzfristig – genauso hart und schwierig zu umgehen sein wie die physikalische oder biologische Realität.

Der Konstruktivismus betont zum zweiten, dass Ideen eine sehr viel stärkere Rolle spielen, als es die „rationalistischen“ Großtheorien wie Realismus, Liberalismus oder Marxismus wahrhaben wollen. Das beginnt mit der Wahrnehmung der äußeren Realität, die uns nicht einfach so zur Verfügung steht, sondern nur durch Interpretation erfahrbar wird und für uns einen Sinn bekommt, der uns zum Handeln befähigt. Das setzt sich fort mit Ideen, die neben Interessen das politische Handeln von Kollektiven steuern. Und selbst in den Interessen finden sich, wenn wir genauer hinschauen, Elemente von Ideen. Aus dem Wechselverhältnis zwischen Strukturen und sozialem Handeln einerseits und der Bedeutung von Ideen andererseits ergibt

sich, dass Interessen (z. B. von Staaten) nicht etwas ein für allemal Vorgegebenes sind, sondern dass sie sich in der Kommunikation verändern können. Drittens misst der Konstruktivismus kulturellen Faktoren, insbesondere Normen, eine größere Bedeutung bei als die meisten anderen Denkweisen in den IB. Der Respekt vor kulturellen Faktoren bedeutet wieder, dass Interessen und Strukturen nicht als universal und dauerhaft unterstellt werden können, sondern in ihren jeweiligen historischen und sozialen oder nationalen kulturellen Kontext eingebettet sind und nur so verstanden werden können, d. h. auch relativiert werden müssen. Normen und Regeln schließlich haben nicht nur eine regulative Funktion wie im rationalistischen Institutionalismus (dort geht es um die Koordination vorgegebener Interessen), sondern eine konstitutive, d. h. sie ermöglichen ein Selbstverständnis *in der Relation* zu anderen und damit soziales Handeln. Hier gibt es Berührungspunkte mit dem normativen Institutionalismus.

Der Konstruktivismus ist nicht so neu und revolutionär, wie er sich gibt, aber er fasst verschiedene überlieferte Perspektiven unter einem nützlichen Sammelbegriff zusammen. Er erweist sich als fruchtbare Forschungsperspektive, das zeigt die konstruktivistische Kritik am statischen Anarchie-Begriff des Neorealismus⁵⁷ ebenso wie die konstruktivistische Auflösung der Kategorie des „nationalen Interesses“. Auch nationale Interessen werden sozial konstruiert, sie können also auch umkonstruiert werden. Dafür gibt es eine Reihe von positiven Beispielen, die auf die Möglichkeit von Kollektiven verweisen, zu lernen, das heißt sich neue Interpretationen ihrer grundlegenden außenpolitischen Interessen zu Eigen zu machen, die verfestigte Strukturen von Machtpolitik transformieren: Gorbatschows „Neues Denken“, die deutsche Ostpolitik unter Brandt/Scheel, die israelische Friedenspolitik unter Rabin.

Über vierzig Jahre betrachtete die Sowjetunion den Ost-West-Konflikt als eine unvermeidliche Grundtatsache, die sich aus dem Gegensatz der Systeme und dem Widerstand des Kapitalismus/Imperialismus gegen den prinzipiell überlegenen Sozialismus/Kommunismus ergab. Die Gruppe um Gorbatschow stellte jedoch eine Reihe von Maximen sowjetischer Außenpolitik in Frage und akzeptierte, dass die UdSSR durch ihr eigenes aggressives Verhalten zur Feindseligkeit des Westens beigetragen und dadurch wiederum die Sowjetunion zu höheren Rüstungsausgaben veranlasst hatte. Durch einseitige Initiativen und freiwillige Selbstverpflichtungen setzte die sowjetische Führung einen wechselseitigen Prozess der Vertrauensbildung in Gang, der das Selbstverständnis der Akteure und ihre Beziehung grundlegend veränderte. Entscheidend war dabei erst die Rückstufung, dann die völlige Aufgabe der dichotomischen Weltsicht des Klassenkampfes sowohl in der Gesellschaftsanalyse wie im Verständnis der internationalen Beziehungen zugunsten einer Ideologie der Menschheitsinteressen.⁵⁸ Diese „ideelle“ Veränderung war der Ausgangspunkt für alles andere, auch wenn Gorbatschow das, was dann im Einzelnen eingetreten ist, weder angestrebt noch erwartet hatte. Er hatte bekanntlich geglaubt, dass eine grundlegende Modernisierung und Reform des Sozialismus und des sozialistischen Weltsystems möglich sei.

Existenzielle Krisen sind immer eine Herausforderung, überlieferte Interpretationsmuster und das Verhältnis zwischen Selbst und Umwelt neu zu definieren. Das hat Michael Barnett in einer konstruktivistischen Analyse der Kontroverse über die israelische Friedenspolitik zwischen Yitzhak Shamir (zuletzt Premierminister 1990–1992) und Yitzhak Rabin (Premierminister 1992–1995) deutlich gemacht.⁵⁹

Traditionell gehören zum israelischen Selbstverständnis eine besondere Rolle der Religion, der Zionismus als jüdische Variante des Nationalismus und die Erfahrung der Schoa. Diese drei Elemente jüdisch-israelischer Identität waren lange verbunden mit einem „people apart“-Syndrom und einem fundamentalen Bedrohungsgefühl, das durch den Verlauf des Nahost-Konflikts immer wieder bestätigt zu werden schien. Die Krise der israelischen Besatzungspolitik, die durch die erste Intifada ausgelöst wurde, das Ende des Ost-West-Konflikts und schließlich der internationale Nahost-Friedensprozess haben diese Konstanten im Selbstbild infrage gestellt und damit zu einer Art Identitätskrise geführt. Hinzu kommen Spannungen im Selbstverständnis Israels als einer liberalen Demokratie, vor allem die Verschärfung des Konflikts zwischen religiöser Orthodoxie und säkularem Judentum. Rabin ging es nun darum, die Identität Israels und damit seine grundlegenden nationalen Interessen neu zu interpretieren, so dass sie mit dem Friedensprozess und einem territorialen Kompromiss mit den Palästinensern in Einklang zu bringen waren. Während Shamir die kollektivistischen und ideologischen Traditionen Israels und die Geschichte der Jahrhunderte langen Verfolgung beschwor und so die Beibehaltung der besetzten Territorien rechtfertigte, betonte Rabin mehr die säkularen und liberalen Traditionen seines Landes. Er bestritt die Isolation Israels und stellte seine Entwicklung in eine westlich-demokratische Perspektive von Fortschritt, Modernisierung und Demokratie. Wie Sie alle wissen, ist der Konflikt zwischen den beiden Narrativen noch nicht beendet.

Dass Lernprozesse manchmal sehr lange dauern, können Sie auch an der Entwicklung der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik während des Ost-West-Konflikts studieren, also an der Art und Weise, wie die westdeutsche Politik die politische und physische Realität der Teilung erst hinweg- und dann uminterpretiert, also verschieden „sozial konstruiert“ hat.⁶⁰ Bis in die siebziger Jahre hinein ging das konservative Lager davon aus, dass die Teilung Deutschlands trotz des verlorenen Krieges und der deutschen Verbrechen auch unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts durch eine Politik der politischen und völkerrechtlichen Nicht-Anerkennung dieses Vorgangs rückgängig gemacht werden könne. Obwohl sich alle anderen Länder, darunter auch die westlichen Verbündeten, auf eine dauerhafte Teilung Deutschlands einrichteten und ihre Beziehungen zum anderen Lager bald nicht mehr von einem Revisionsvorbehalt abhängig machten, bestanden die von CDU und CSU geführten Regierungen auf einer Isolierung der „so genannten DDR“ – wie sie damals offiziell hieß –, auch als sich die BRD mit dieser Forderung immer mehr selbst isolierte.⁶¹ Die Sozialdemokratie war den Illusionen der Politik der Stärke zunächst mit einer anderen Illusion entgegengetreten; sie hatte geglaubt, die Bundesrepublik könne durch eine kalkulierte Politik der Schwäche im Kalten Krieg die Sowjetunion dazu bewegen, ihre Kriegsbeute wieder herauszugeben und einer deutschen Wiedervereinigung im westlichen Sinne zuzustimmen. Die SPD und der linksliberale Flügel der FDP erkannten jedoch früher als die Konservativen und die Nationalliberalen, dass die Teilung auf absehbare, ja vielleicht sogar unabsehbare Zeit nicht mehr durch eine physische Wiedervereinigung zu überwinden war und dass das Insistieren darauf zunehmend in Widerspruch geriet zum moralischen Gebot der Aussöhnung mit „dem Osten“ und dem politischen Gebot der Entspannung.

Die sozialliberale Mehrheit, die sich 1969 auf Bundesebene durchsetzte, definierte die nationale Frage um. Das neue Paradoxon der deutschen Ostpolitik war,

dass der einzige Weg, die Teilung zu überwinden, darin bestand, sie zu akzeptieren. Einheit hieß jetzt vor allem, die Beziehungen zwischen den „beiden deutschen Staaten“ – so die neue Sprachregelung – zu verbessern. Statt weiter die Entspannung mit der Forderung nach Wiedervereinigung zu blockieren, galt es jetzt, durch aktive Koexistenz Erfordernisse der Friedens- und Sicherheitspolitik produktiv mit der nationalen Frage zu verbinden. Erst im Laufe der achtziger Jahre entwickelte sich darüber ein breiter Konsens, der auch das konservative Lager einschloss. Das Ende des Ost-West-Konflikts erbrachte dann eine überraschende neue Lösung des Konflikts zwischen Aussöhnung und Entspannung auf der einen und der nationalen Frage auf der anderen Seite, eine Lösung, die niemand vorausgesehen hatte, die aber vielleicht durch den deutschen Lernprozess und das sich daraus ergebende politische Verhalten erst ermöglicht wurde.

4. Politisch-psychologische Theorien in den IB

Die Politische Psychologie interessiert sich gerade für das, was den anderen Großtheorien als irrational erscheint. Wieder geht es um die Konstruktion der Wirklichkeit, aber aus einer anderen Perspektive als beim Konstruktivismus. Es geht um die Subjektivität von Individuen und Gruppen, um die psychologischen und psychoanalytischen Dimensionen von Informationsverarbeitung, Wahrnehmung und Fehlwahrnehmung, um Fehlkalkulationen, um Wir-Bildungen und Feindbilder, um intrapsychische Konflikte und deren Auswirkungen auf politisches Handeln bzw. deren politische Inszenierung. Neben der Ansatzhöhe muss auch in der Politischen Psychologie – die ja nicht nur eine Theorietradition, sondern ein ganzes Teilfach repräsentiert – zwischen verschiedenen Richtungen unterschieden werden. Die beiden wichtigsten sind die kognitive Psychologie auf der einen und die Psychoanalyse auf der anderen Seite. Die kognitive Psychologie befasst sich mit Strategien der Informationsverarbeitung und der Bedeutung von persönlichen Überzeugungssystemen (belief systems); die Psychoanalyse beschäftigt sich mit unbewussten Prozessen, die durch innerpsychische Konflikte verursacht werden und mit Emotionen, Phantasien, Wiederholungszwängen und Abwehrmechanismen zu tun haben. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang auch die tiefenhermeneutische Kultursoziologie, die im Rahmen eines gesellschaftswissenschaftlichen Zugangs die Inszenierung unbewusster Ängste und Wünsche in sozialen Interaktionen untersucht.⁶²

In den internationalen Beziehungen reagieren die Akteure nicht unvermittelt auf die Handlungen anderer Akteure. Sie müssen deren Handlungen interpretieren, erst auf der Grundlage dieser Interpretationen können sie selbst aktiv werden. Jeder Entscheidungsprozess über eine (Re-)Aktion beginnt mit der Verarbeitung von Informationen, keineswegs nur ein passiver Vorgang, sondern ein aktiver Prozess der Konstruktion von Realität. (Bedenken Sie nur die unterschiedlichen Interpretationen der Abrüstungsmaßnahmen des Irak im Februar/März 2003.) Denn Informationen müssen erkannt, ihre Relevanz für die anstehende Problematik eingeschätzt werden. Neue Informationen sind in bereits vorhandenes Wissen zu integrieren, dieses Wissen muss aktualisiert, erweitert oder verändert werden. Schließlich sind aus den Informationen Schlüsse zu ziehen. Dieser Prozess der Informationsverarbeitung – und hier beginnt der Unterschied zum Konstruktivismus – folgt nicht unbedingt strengen Kriterien der Rationalität: „It is wide open to irrational, nonrational

intuitive, and affective influences, biases, and errors, especially in environments and issue-areas like international politics where uncertainty and complexity prevail.“⁶³ Überzeugungssysteme, Werte, Stereotype und Einstellungen werden benutzt, um Informationen, die nicht von sich aus kohärent und einfach zu bewerten sind, zu organisieren. Dabei geht es nicht nur um kognitive Vorgänge, es kommen emotionale Bedürfnisse oder z. B. Angst hinzu.

Die kognitive Psychologie betont, dass die Informationsverarbeitung, die Voraussetzung für soziales Handeln ist, Selektionsmechanismen unterliegt, die zu gravierenden Fehlinterpretationen führen können. Das gilt insbesondere für Entscheidungsprozesse, die nicht offen organisiert sind oder unter Zeitdruck stehen. Mehrere Studien haben einen Zusammenhang zwischen dem Komplexitätsgrad in der Informationsverarbeitung politischer Entscheidungsträger und dem Konfliktverhalten von Staaten festgestellt: Rigidität, also voreingenommene und starre Interpretation von äußeren Stimuli, Abwehr dissonanter Informationen, autoritäre Entscheidungsstrukturen und Prestigedenken korrelieren mit Gewaltbereitschaft und Konflikteskalation.⁶⁴ Auch wenn Führungsgruppen in bestimmte politische Strategien schon viel investiert haben, neigen sie dazu, sich für Informationen, die einen anderen Kurs nahe legen, und für Alternativen nicht mehr offen zu halten. „Entrapment“ nennt man eine Situation, in die sich Entscheidungsträger mehr oder weniger bewusst hineinmanövriert haben oder haben lassen und aus der sie nur mit erheblichen realen oder symbolischen Verlusten wieder herauskommen. „Augen zu und durch“ wird dann, salopp formuliert, die Devise. Nicht nur vor dem Ersten Weltkrieg, auch bei der Entwicklung zum Kosovo-Krieg 2001 oder in der Irak-Krise im Februar/März 2003 lassen sich viele der genannten Elemente beobachten.

Alle Mechanismen der Informationsverzerrung und Vereinfachung und der Rationalisierung von Entscheidungen laufen nicht deterministisch; es handelt sich um Tendenzen, deren Stärke von verschiedenen Faktoren abhängig ist. Eine entsprechende Motivation, günstige Zielsetzungen und ausreichende Ressourcen können die Informationsverarbeitung deutlich verbessern; Zeitdruck, Stress und Mangel an Ressourcen dagegen führen eher zu Rigidität und Stereotypisierung.⁶⁵ Die Vereinfachungen und Verzerrungen können in verschiedene Richtungen gehen, also z. B. die Lage (oder den Gegner) zu optimistisch oder zu pessimistisch einschätzen. Und in der realen Politik geht es nicht um die Wahrnehmung, die Kommunikation und die Auseinandersetzungen zwischen Individuen. Informationsverarbeitung und Entscheidungsprozesse sind immer in Institutionen und in politische Konstellationen eingebunden.

Andere Forschungen haben gezeigt, dass es sozialen Gruppen sehr schwer fällt, ohne die Abwertung anderer Gruppen ihre Identität zu definieren und ihren Zusammenhalt zu gewährleisten, und dass sie unterschiedliche Maßstäbe anlegen bei der Bewertung eigenen bzw. fremden Verhaltens. Auch in der internationalen Politik begegnet uns dieser Mangel an Objektivität, oft als „double standard“ bezeichnet. Mein Lieblingsbeispiel für „double standard“ ist die Technologie der Mehrfachgefechtköpfe, mit denen im Laufe der siebziger Jahre zunächst die Interkontinentalraketen der USA und dann auch die der UdSSR ausgestattet wurden. Präsident Nixon bezeichnete in einer Rede von 1975 die schon existierenden amerikanischen Mehrfachsprengköpfe als eine stabilisierende, defensive Waffe, eine mögliche sowjetische MIRV-Entwicklung⁶⁶ aber als destabilisierend, als einen Beweis für Erstschlagsbestrebungen. In einem *möglichen* sowjetischen Waffenstand, der für Ende

der siebziger/Anfang der achtziger Jahre vorausgesagt wurde, sah er also eine Bedrohung der USA, den faktisch bereits bestehenden Vorsprung der USA deutete er als ungefährlich für die Sicherheit der anderen Seite. Robert Jervis, der eines der besten und bekanntesten Bücher über „Perception and Misperception“ in der internationalen Politik geschrieben hat, nennt dieses Phänomen „The Belief That the Other Understands That You Are Not a Threat“. Das ist die Psycho-Logik, die das Sicherheitsdilemma – eine objektive Problematik, die sich aus der Struktur des internationalen Systems ergibt – auf der subjektiv-emotionalen Ebene verschärft. Denn wenn ich fest davon überzeugt bin, dass meine Rüstung gar nicht als Bedrohung gedeutet werden kann, weil ich ja defensiv bin und nur auf die Rüstung der anderen Seite reagiere, dann kann ich gar nicht anders, als die Rüstung der anderen Seite als bösartig, d. h. als Ausdruck aggressiver Absichten zu deuten – denn warum sollte die sonst auf meine Rüstung reagieren?⁶⁷

Die Bevorzugung der eigenen und die Abwertung einer anderen Gruppe können sich bis zu aggressiven Feindbildern, ja bis zur politischen Paranoia, also bis ins pathologische Extrem steigern. Feindbilder sind totalisierend und in der Regel mit einer groben Spaltung zwischen Gut und Böse verbunden; sie erlauben keinen Perspektivenwechsel und keine Perspektivenübernahme und erweisen sich als sehr hartnäckig gegenüber Korrekturimpulsen. Sie sind oft deshalb so stabil, weil sie neben den schon bekannten Funktionen der Komplexitätsreduzierung und der Identitätsstiftung noch andere Funktionen in Gruppen erfüllen, insbesondere die Funktion der Gruppenkohäsion und der Aggressionskanalisierung. Neben der Selbstdefinition über den Kontrast und der Selbstwerterhöhung durch die Diskriminierung geht es hier auch um die projektive Abwehr verleugneter eigener innerer Konflikte, und zwar sowohl psychischer wie realer Interessenkonflikte. Bei Wir-Bildungen, die nicht durch Dialog und Kompromiss entstanden sind, sondern aufgezwungen oder künstlich hergestellt werden, muss der Zusammenhalt durch ständige Beschwörung von Bedrohungen politisch (pseudo-)stabilisiert werden. Mit der politischen korrespondiert eine psychische (Pseudo-)Stabilisierung, weil bei dieser Gelegenheit nicht integrierte und unerwünschte Triebregungen projiziert werden können.⁶⁸ Das Böse, das man an sich selbst nicht mag, kann man bekanntlich vortrefflich an anderen bekämpfen. Dieses Modell lässt sich auch auf Kollektive übertragen. In einem künstlichen gesellschaftlichen Gruppenzusammenhalt, etwa unter nationalistischen Ideologien, gehen häufig pathologische Machtbedürfnisse von Führungspersonlichkeiten ein verhängnisvolles psychosoziales Arrangement (Kollusion) mit den kompensatorischen Größen- und Machtphantasien von Teilen der „Beherrschten“ ein.

Besonders anfällig für solche Arrangements sind nach Auffassung des Psychoanalytikers Stavros Mentzos Menschen, denen es nicht vergönnt war, in ihrer Entwicklung ein Gleichgewicht zwischen den beiden Grundbedürfnissen nach Autonomie einerseits und Bindung andererseits auszubilden. Aus diesem mangelnden Gleichgewicht, das durch Überanpassung oder chronische Abgrenzung entsteht, ergeben sich destruktive Aggressionen und kompensatorische, dysfunktionale Machtbedürfnisse. Bei der dysfunktionalen Macht wird die Macht nicht im Sinne der Kompetenz und der Funktionslust (dieses normale und funktionale Machtbedürfnis, etwas bewirken zu wollen, haben schon Kleinkinder) ausgeübt, sondern um der Macht über andere, also um des Macht-Habens willen.⁶⁹

In allen psychoanalytischen Beiträgen, die sich eine gesellschaftswissenschaftliche Perspektive zu Eigen machen, geht es um kollektive Inszenierungen unbe-

wusster, unterdrückter und abgewehrter psychischer Bedürfnisse oder Triebregungen. Idealisierungen der Eigengruppe, Projektion der Abspaltungen und deren Bekämpfung in der Fremdgruppe, Scheinintegration und emotionale Ersatzbefriedigungen, das sind zentrale Mechanismen auf der subjektiven Ebene, die zur gewalt-samen Eskalation von Konflikten auch in den internationalen Beziehungen führen können oder sie zumindest stützen. Der Nationalsozialismus ist dafür ein besonders dramatisches und verhängnisvolles Beispiel. Hitler faszinierte, weil er die Massen über die autoritäre Unterwerfung hinwegtäuschte und die Befriedigung narzisstischer Wünsche nach Größe, Macht und Einssein versprach. Die nationalsozialistische Weltanschauung suggerierte, dass mit dem Aufstieg Deutschlands jeder Deutsche die Chance erhalten würde, an der einzigartigen Größe und Macht des Dritten Reiches teilzuhaben.⁷⁰ Auffällig erscheint mir in diesen Arrangements die Parallele zwischen der Konfliktverleugnung auf der realsozialen *und* der psychischen Ebene. Herrschafts- und Verteilungskonflikte werden künstlich stillgelegt durch Verweis auf die von außen bedrohte Gemeinschaft, gleichzeitig können individuelle und kollektive psychische Konflikte aufgrund unerwünschter Triebregungen abgeleitet, unerfüllte Sehnsüchte wenigstens ersatzweise befriedigt werden. Die Alternative zu den destruktiven Scheinlösungen wäre für beide Ebenen die dialogisch-dialektische Konfliktbearbeitung.

Anmerkungen

- ¹ Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze: Theorie, in: dies. (Hrsg.), Politische Theorien, Lexikon der Politik, Bd. 1, München 1995, S. 650–657.
- ² Vgl. dazu den Beitrag 1.2 in diesem Band. Aus der reichhaltigen neueren Literatur verweise ich exemplarisch auf Andrew Hurrell: Norms and Ethics in International Relations, in: Walter Carlsnaes/Thomas Risse/Beth A. Simmons (Hrsg.): Handbook of International Relations, London-Thousand Oaks-New Delhi 2002, S. 137–154.
- ³ Vgl. dazu Helmut Seiffert/Gerard Radnitzky (Hrsg.): Handlexikon zur Wissenschaftstheorie, München ²1994 (s.v. Positivismus, Kritischer Rationalismus, Kritische Theorie) und Werner Meinefeld: Realität und Konstruktion. Erkenntnistheoretische Grundlagen einer Methodologie der empirischen Sozialforschung, Opladen 1995. Zur Erkenntnistheorie und zum Methodenstreit in den IB vgl. auch Colin Wight: Philosophy of Social Science and International Relations, in: Carlsnaes/Risse/Simmons, Handbook (Anm. 2), S. 23–51 (nicht für Anfänger).
- ⁴ Die „anarchistische“ Erkenntnistheorie wendet sich keineswegs gegen Sinnggebung, sie lehnt jedoch strenge methodische Vorgaben ab und kritisiert die Wahrheitsansprüche der Wissenschaft gegenüber anderen Erkenntnisformen. Vgl. dazu Paul Feyerabend: Über Erkenntnis. Zwei Dialoge, Frankfurt am Main 1995 oder ders.: Wider den Methodenzwang, Frankfurt am Main ⁵1995.
- ⁵ Max Weber: Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: ders.: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen ⁷1988, S. 146–214, hier S. 207 und 213.
- ⁶ Vgl. dazu auch Reinhard Meyers: Internationale Beziehungen. Wissenschaft, Begriff und Perspektiven, in: Olaf Tauras/Reinhard Meyers/Jürgen Bellers (Hrsg.): Politikwissenschaft III. Internationale Politik, Münster 1994, S. 3–57, hier S. 13 und 37.
- ⁷ Ulrich Menzel: Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen, Frankfurt am Main 2001, S. 23. Vgl. dazu auch Robert M. A. Crawford: Idealism and Realism in International Relations. Beyond the Discipline, London-New York 2000 und die ältere Studie von John Herz: Politischer Realismus und Politischer Idealismus, Meisenheim ²1959 (englisch zuerst 1951).
- ⁸ Nach Meyers: Internationale Beziehungen (Anm. 6), S. 39 (leicht verändert). Ich habe die epistemologische Funktion, die Meyers in das Schaubild integriert hat, weggelassen, weil ich deutlicher

zwischen epistemologischen (siehe etwa Anm. 3 und 4) und ontologischen Großtheorien unterscheide.

- 9 Siehe Gert Krell: *Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen*, Baden-Baden 2000. In der Vorstellung der einzelnen Theorietraditionen fasse ich weitgehend mein Buch zusammen.
- 10 Max Weber: *Der Beruf zur Politik* (1919), in: ders.: *Soziologie, Weltgeschichtliche Analysen, Politik*, hrsg. von J. Winckelmann, Stuttgart 1968, S. 167–185; Hans J. Morgenthau: *Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik*, Gütersloh 1963 (zuerst 1948 unter dem Titel „Politics Among Nations“); Stephen Forde: *International Realism and the Science of Politics. Thucydides, Machiavelli, and Neorealism*, in: *International Studies Quarterly* 39 (2/1995), S. 141–160.
- 11 Kenneth Waltz: *Theory of International Politics*, Reading, Mass.-London 1979, S. 121.
- 12 John Herz: *Idealistischer Internationalismus und das Sicherheitsdilemma*, in: ders.: *Staatenwelt und Weltpolitik. Aufsätze zur internationalen Politik im Nuklearzeitalter*, Hamburg 1974, S. 39–56, hier S. 39.
- 13 Waltz: *International Politics* (Anm. 11), S. 118.
- 14 Vgl. Joseph Grieco: *Anarchy and the Limits of Cooperation*, in: David A. Baldwin (Hrsg.): *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*, New York 1993, S. 116–140; John J. Mearsheimer: *The Tragedy of Great Power Politics*, New York 2001.
- 15 Vgl. etwa Stephen Walt: *The Origins of Alliances*, Ithaca, N.Y. 1987.
- 16 Vgl. dazu Jeffrey W. Legro/Andrew Moravcsik: *Is Anybody Still a Realist?*, in: *International Security* 24 (2/1999), S. 5–55.
- 17 Hedley Bull: *The Anarchical Society. A Study of Order in World Politics*, New York 21995 (zuerst 1977), S. 23–26. Bull verwendet allerdings noch nicht die neuere Terminologie, die sich inzwischen eingebürgert hat. Der Begriff „Realismus“ ist für ihn selbstverständlich, aber Grotius bezeichnet er als „Internationalisten“ und Kant als „Universalisten“.
- 18 Ebda., S. 42 (Unterstreichungen von mir).
- 19 Ebda., S. 71 (meine Übersetzung).
- 20 Vgl. dazu David Mitrany: *The Functional Theory of Politics*, London 1975.
- 21 Utilitaristen gehen davon aus, dass menschliches Verhalten im Wesentlichen auf der rationalen Verfolgung von Eigeninteressen beruht; Normativisten sehen den Menschen eher als ein von Normen geleitetes soziales Wesen.
- 22 Robert O. Keohane/Joseph S. Nye: *Power and Interdependence*, Boston-Toronto 1977; Robert O. Keohane: *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton, N.J. 1984. Vgl. auch Beate Kohler-Koch (Hrsg.): *Regime in den internationalen Beziehungen*, Baden-Baden 1989, Volker Rittberger (Hrsg.): *Regime Theory and International Relations*, Oxford 1993 oder Harald Müller: *Die Chance der Kooperation. Regime in den internationalen Beziehungen*, Darmstadt 1993. Eine vorzügliche Übersicht über den Forschungsstand der Regimetheorie, der realistische, institutionalistische und konstruktivistische Perspektiven integriert, bieten Andreas Hasenclever/Peter Mayer/Volker Rittberger: *Theories of International Regimes*, Cambridge 1997.
- 23 Vgl. dazu den Beitrag von Tanja Brühl in diesem Band (Kapitel 4.5).
- 24 Vgl. dazu den Beitrag von Gert Krell/Olivier Minkwitz/Niklas Schörnig in diesem Band (Kapitel 4.2).
- 25 Vgl. die nützliche Bilanz der Differenzen zwischen Realismus und Institutionalismus bei Robert Jervis: *Realism, Neoliberalism, and Cooperation. Understanding the Debate*, in: *International Security* 24 (1/1999), S. 42–63.
- 26 Eine Übersicht über die reichhaltige Tradition liberalen Denkens in den IB geben Mark W. Zacher/Richard A. Matthew: *Liberal International Theory. Common Threads, Divergent Strands*, in: Charles W. Kegley (Hrsg.): *Controversies in International Relations Theory. Realism and the Neoliberal Challenge*, New York 1995, S. 107–150.
- 27 In den Anmerkungen 14, 25, 26 und 57 finden Sie Titel, die für den rationalistischen Institutionalismus noch den Terminus „Neoliberalism“ verwenden.
- 28 Vgl. die grundlegende Darstellung des liberalen Ansatzes bei Andrew Moravcsik: *Taking Prefe-*

- rences Seriously. A Liberal Theory of International Politics, in: *International Organization* 51 (4/1997), S. 513–553.
- 29 An dieser Stelle kann ich auf eine interessante Variante der liberalen IB-Theorie, nämlich den „Bureaucratic Politics“ Ansatz, nicht eingehen; vgl. aber Krell, *Weltbilder und Weltordnung* (Anm. 9), S. 170 ff.
- 30 Vgl. Ernst-Otto Czempiel: *Schwerpunkte und Ziele der Friedensforschung*, Mainz-München 1972; ders.: *Internationale Politik. Ein Konfliktmodell*, München-Paderborn-Wien 1981 (dort insbesondere Kapitel 7.3: Die Beziehung zwischen Macht und Herrschaft).
- 31 Vgl. dazu Ernst-Otto Czempiel: *Friedensstrategien*, Opladen-Wiesbaden 21998 (zuerst 1986).
- 32 Immanuel Kant: *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*, Königsberg 1796, in: ders.: *Werke*, Bd. VI, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Darmstadt 1964, S. 195–251, das Zitat S. 205 f.
- 33 Für Details siehe Krell: *Weltbilder und Weltordnung* (Anm. 9), S. 159 ff. Eine neuere systematische Zusammenfassung aus quantitativer Sicht bei Bruce Russett/John R. Oneal: *Triangulating Peace. Democracy, Interdependence, and International Organization*, New York-London 2001, die eine Präzisierung des Doppelbefundes liefern: Die Wahrscheinlichkeit, dass voll entwickelte Demokratien miteinander in militarisierte Auseinandersetzungen geraten, liegt 41% unter dem Dyaden-Durchschnitt. Gemischte Dyaden (also eine Demokratie vs. eine Autokratie) liegen 73%, autokratische Dyaden 67% darüber (a.a.O., S. 115). Das unterstreicht die Brisanz des Verhältnisses zwischen Demokratien und Autokratien.
- 34 Vgl. dazu Thomas Risse-Kappen: *Democratic Peace, Warlike Democracies? A Social Constructivist Interpretation of the Liberal Argument*, in: *European Journal of International Relations* 1 (4/1995), S. 491–517.
- 35 Edward D. Mansfield/Jack Snyder: *Democratization and the Danger of War*, in: *International Security* 20 (1/1995), S. 5–38.
- 36 Vgl. dazu Susanne Jonas: *Dangerous Liaisons. The U.S. in Guatemala*, in: *Foreign Policy* No. 193 (1996), S. 144–160 oder dies.: *The Battle for Guatemala. Rebels, Death Squads and U.S. Power*, New York 1991. Nicht nur die Waffen und die Ausbildung der Putschisten von 1954 kamen von der CIA, sondern auch die Liste mit den Namen der linken Intellektuellen, Politiker, Gewerkschaftler und Studenten, die von ihnen ermordet wurden.
- 37 Kant: *Zum ewigen Frieden* (Anm. 32), S. 214 f.
- 38 Ich habe z. B. bei meiner Lektüre über den demokratischen Frieden keinen einzigen Hinweis auf den demokratischen Völkermord an den nordamerikanischen Indianern gefunden. Vgl. dazu Dee Brown: *Bury My Heart At Wounded Knee. An Indian History of the American West*, New York 2001 (zuerst 1971). Zu den Nord-Süd Blindstellen der demokratischen Friedenstheorie vgl. auch Tarak Barkawi: *War Inside the Free World. The Democratic Peace and the Cold War in the Third World*, in: ders./Mark Laffey (Hrsg.): *Democracy, Liberalism, and War. Rethinking the Democratic Peace Debate*, Boulder, Col.-London 2001, S. 107–128. Neuerdings wäre in diesem Zusammenhang auch der von den USA und Großbritannien angeführte Krieg gegen den Irak im März/April 2003 zu diskutieren.
- 39 Vgl. die Auseinandersetzung bei Andrew Linklater: *Marxism*, in: Scott Burchill/Andrew Linklater (Hrsg.): *Theories of International Relations*, New York 1996, S. 119–144, hier 121–126.
- 40 Vgl. dazu den Aufsatz von Egbert Jahn in diesem Band (Kapitel 2.4).
- 41 Vgl. aber das Kapitel über Marxismus bei Krell: *Weltbilder und Weltordnung* (Anm. 9), S. 185–205; für die Darstellung der Regulationstheorie orientiere ich mich weitgehend an Joachim Hirsch: *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Berlin-Amsterdam 1995, insbesondere S. 47–60; ausführlicher, allerdings ohne die internationale Dimension, Alain Lipietz: *Drei Krisen. Die Metamorphosen des Kapitalismus und die Arbeiterbewegung*, in: ders.: *Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften*, Ausgewählte Schriften hrsg. von Hans-Peter Krebs, Berlin-Hamburg 1998, S. 24–58.
- 42 Vgl. dazu die Auseinandersetzung mit dem Institutionalismus bei Bernd Röttger: *Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation*, Münster 1997, S. 73–81, das Zitat S. 79.
- 43 Hirsch: *Wettbewerbsstaat* (Anm. 41), S. 177 ff.
- 44 Alain Lipietz: *Die politische Ökologie und die Zukunft des Marxismus*, in: ders.: *Ende des „Goldenen Zeitalters“* (Anm. 41), S. 59–76, hier S. 66.

- 45 Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hrsg.): *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung*, Frankfurt am Main 1995; Uta Ruppert (Hrsg.): *Lokal bewegen – global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht*, Frankfurt am Main 1998; J. D. Kenneth Boutin: *Gender and International Relations. A Selected Historical Bibliography*, York (Centre for International and Security Studies, Occasional Paper Number 23) 1994.
- 46 Im Englischen kann man zwischen „sex“ (dem biologischen Geschlecht) und „gender“ (dem sozialen Geschlecht) unterscheiden. Im Feminismus werden auch Wechselwirkungen zwischen Biologie und Kultur – und zwar in beiden Richtungen – diskutiert.
- 47 Vgl. Uta Ruppert: *Theorien Internationaler Beziehungen aus feministischer Perspektive*, in: dies.: *Lokal bewegen* (Anm. 45), S. 27–55, hier S. 44–48.
- 48 Cynthia Enloe: *Bananas, Beaches and Bases. Making Feminist Sense of International Politics*, Berkeley-Los Angeles 1990.
- 49 Zitiert nach Richard New Lebow: *Kognitive Blockierung und Krisenpolitik. Deutsche Entscheidungsträger im Juli 1914*, in: Reiner Steinweg (Hrsg.): *Kriegsursachen (Friedensanalysen 21)*, Frankfurt am Main 1987, S. 191–247, hier S. 222.
- 50 Vgl. dazu Carol Cohn: *Wars, Wimps, and Women*, in: Miriam Cooke/Angela Woollacott (Hrsg.): *Gendering War Talk*, Princeton, N.J. 1993, S. 227–246, hier S. 234; zu Vietnam und Präsident Johnsons sexistischem Jargon gegenüber zögerlichen männlichen Mit-Politikern, die er als Milchbubis oder Heulsusen diffamierte, vgl. Fredrick Logevall: *Choosing War. The Lost Chance für Peace and the Escalation of War in Vietnam*, Berkeley-Los Angeles-London 1999, S. 393 f.
- 51 Cohn; *Wars, Wimps, and Women* (Anm. 50), S. 230.
- 52 Ebd., S. 227.
- 53 Jean Bethke Elshtain: *Women and War*, Chicago-London 21995, S. 100 und S. 111, Fußnote.
- 54 Vgl. dazu Richard Ned Lebow/Janice Gross Stein: *We All Lost the Cold War*, Princeton, N.J. 1994, die Zitate auf S. XI und 110 (Übersetzung von mir).
- 55 Mark Tessler/Ina Warriner: *Gender, Feminism, and Attitudes Toward International Conflict. Exploring Relationships with Survey Data from the Middle East*, in: *World Politics* 49 (2/1997), S. 250–281; vgl. generell Nancy W. Gallagher: *The Gender Gap in Popular Attitudes Toward the Use of Force*, in: Ruth H. Howes/ Michael R. Stevenson (Hrsg.): *Women and the Use of Military Force*, Boulder, Col. 1993, S. 23–37.
- 56 Mary Caprioli: *Gendered Conflict*, in: *Journal of Peace Research* 37 (1/2000), S. 51–68.
- 57 Vgl. dazu den „klassischen“ Artikel von Alexander Wendt: *Anarchy Is What States Make of It. The Social Construction of Power Politics*, in: James Der Derian (Hrsg.): *International Theory. Critical Investigations*, Houndmills-London 1995, 129–177 (zuerst 1992 in *International Organization*); und Wendts ausführliche konstruktivistische Grundlegung der IB, die unter dem Titel „*Social Theory of International Politics*“ (Cambridge 1999) erschienen ist.
- 58 Vgl. Wendt: *Anarchy* (Anm. 57), S. 156–160.
- 59 Michael Barnett: *Culture, Strategy, and Foreign Policy Change. Israel's Road to Oslo*, in: *European Journal of International Relations* 5 (1/1999), S. 5–36.
- 60 Vgl. dazu Gert Krell: *West German Ostpolitik and the German Question*, in: *Journal of Peace Research* 28 (3/1991), S. 311–323. Ich nehme in diesem Artikel nicht Bezug auf den Konstruktivismus, aber er würde sich gut für eine konstruktivistische Umformulierung eignen.
- 61 Ich konzentriere mich hier auf die Zweiteilung, obwohl die Losung in Westdeutschland ursprünglich hieß: „dreigeteilt niemals“. Die Hoffnungen, nicht nur die SBZ (sowjetisch besetzte Zone), sondern auch die „unter polnischer Verwaltung“ stehenden Ostprovinzen wiederzuerlangen, waren von Anfang an illusionär.
- 62 Zu der von Alfred Lorenzer entwickelten tiefenhermeneutischen Kultursoziologie vgl. Hans-Dieter König: *Tiefenhermeneutik als Methode kultursoziologischer Forschung*, in: Ronald Hitzler/ Anne Honer (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung*, Opladen 1997, S. 213–241.
- 63 Yaacov Y. I. Vertzberger: *The World in Their Minds. Information Processing, Cognition, and Perception in Foreign Policy Decisionmaking*, Stanford, Cal. 1990, S. 343.
- 64 Vgl. dazu den Forschungsbericht von Michael D. Young/Mark Schafer: *Is There Method in Our Madness? Ways of Assessing Cognition in International Relations*, in: *Mershon International Studies Review* 42 (1/1998), S. 63–96.

- ⁶⁵ Psychoanalytisch gesprochen zur Regression in archaische Ängste und kindliches Schwarz-Weiß-Denken.
- ⁶⁶ MIRV steht für „multiple independently targetable re-entry vehicle“, ein Euphemismus für unabhängig zielfähige atomare Sprengköpfe auf Raketen. Was ist schon ein „re-entry vehicle“ im Vergleich zu einer Atombombe! In der Psychologie nennt man das „meaningless assigns“ oder „bureaucratic detachment“, in der Psychoanalyse würde man von „Derealisierung“ sprechen.
- ⁶⁷ Robert Jervis: *Perception and Misperception in International Politics*, Princeton, N.J. 1976, S. 57 ff. und 354 f.
- ⁶⁸ Vgl. Stavros Mentzos: Pseudostabilisierung des Ich durch Nationalismus und Krieg, in: Christa Rohde-Dachser (Hrsg.): *Über Liebe und Krieg. Psychoanalytische Zeitdiagnosen*, Göttingen–Zürich 1995, S. 66–84, hier S. 74–76.
- ⁶⁹ Vgl. Stavros Mentzos: *Der Krieg und seine psychosozialen Funktionen*, Frankfurt am Main 1993, S. 79 ff. (das Aggressionsmodell) und S. 184 ff. (zu den Kollusionen zwischen Herrschenden und Beherrschten im Krieg).
- ⁷⁰ Vgl. dazu Hans-Dieter König: Hitler als charismatischer Massenführer: Tiefenhermeneutische Fallrekonstruktion zweier Sequenzen aus dem Film „Triumph des Willens“ und ihre sozialisationstheoretische Bedeutung, in: *Zeitschrift für Politische Psychologie* 4 (1/1996), S. 7–42.

Weiterführende Literatur

1. Handbücher und Lexika

Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A. (Hrsg.): *Handbook of International Relations*, London-Thousand Oaks–New Delhi 2002

Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Lexikon der Politik*, 7 Bde., München 1995–1998 (insbesondere Bd 1: *Politische Theorien*, hrsg. von Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze, Bd. 6: *Internationale Beziehungen*, hrsg. von Andreas Boeckh, und Bd. 7: *Politische Begriffe*, hrsg. von Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze und Suzanne S. Schüttemeyer)

Woyke, Wichard (Hrsg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*, Bonn ⁸2000

2. Zeitschriften

European Journal of International Relations (vierteljährlich)

International Feminist Journal of Politics (vierteljährlich)

International Organization (vierteljährlich)

International Security (vierteljährlich)

International Studies Quarterly (vierteljährlich)

Journal of Peace Research (alle zwei Monate)

Millennium (dreimal im Jahr)

Political Psychology (vierteljährlich)

Review of International Political Economy (vierteljährlich)

World Politics (vierteljährlich)

Zeitschrift für Internationale Beziehungen (zweimal im Jahr)

3. Monographien und Sammelbände zur Geschichte der IB-Theorie

- Boucher, David (Hrsg.): *Political Theories of International Relations*, Oxford 1998
- Brown, Chris/Nardin, Terry/Rengger, Nicholas (Hrsg.): *International Relations in Political Thought. Texts from the Ancient Greeks to the First World War*, Cambridge, Mass. 2002
- Clark, Ian/Neumann, Iver B. (Hrsg.): *Classical Theories of International Relations*, Basingstoke–London 1996
- Kauppi, Mark V./Viotti, Paul R.: *The Global Philosophers: World Politics in Western Thought*, New York–Oxford–Toronto 1992
- Knutsen, Torbjörn: *A History of International Relations Theory*, Manchester–New York 21997
- Luard, Evan (Hrsg.): *Basic Texts in International Relations*, Houndmills–London 1992
- van der Pijl, Kees: *Vordenker der Weltpolitik. Einführung in die internationale Politik aus ideengeschichtlicher Perspektive*, Opladen 1996
- Williams, Phil/Goldstein, Donald/Shafritz, Jay (Hrsg.): *Classic Readings of International Relations*, Fort Worth, TX – Orlando, FL 21999

4. Literatur zu den Theorie-Traditionen in den IB

- Barkawi, Tarak/Laffey, Mark (Hrsg.), *Democracy, Liberalism, and War. Rethinking the Democratic Peace Debate*, Boulder, Col.-London 2001
- Baylis, John/Smith, Steve (Hrsg.): *The Globalization of World Politics: An Introduction to International Relations*, Oxford 22001
- Booth, Ken/Smith, Steve (Hrsg.): *International Relations Theory Today*, University Park, Pa. 1995
- Burchill, Scott/Linklater, Andrew (Hrsg.): *Theories of International Relations*, New York 22001
- Czempiel, Ernst-Otto: *Internationale Politik. Ein Konfliktmodell*, Paderborn–München 1981
- Der Derian, James (Hrsg.): *International Theory. Critical Investigations*, Harmondsworth–London 1995
- Donnelly, Jack: *Realism in International Relations*, Cambridge 2000
- Doyle, Michael/Ikenberry, G. John (Hrsg.): *New Thinking in International Relations Theory*, Boulder, Col.-Oxford 1997
- Dunne, Timothy: *Inventing International Society. A History of the English School*, Basingstoke 1998
- Gill, Stephen (Hrsg.): *Gramsci, Historical Materialism and International Relations*, Cambridge–New York–Melbourne 1993
- Gu, Xuewu: *Theorien der Internationalen Beziehungen. Einführung*, München–Wien 2000

- Jervis, Robert: *Perception and Misperception in International Politics*, Princeton, N.J. 1976
- Krell, Gert: *Weltbilder und Weltordnung: Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen*, Baden-Baden ³2003
- Keohane, Robert O.: *Power and Governance in a Partially Globalized World*, London–New York 2002
- Lehmkuhl, Ursula: *Theorien Internationaler Politik. Einführung und Texte*, München–Wien ³2001
- Mentzos, Stavros: *Der Krieg und seine psychosozialen Funktionen*, Frankfurt am Main 1993
- Menzel, Ulrich: *Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen*, Frankfurt am Main 2001
- Neumann, Iver B./Waever, Ole (Hrsg.): *The Future of International Relations. Masters in the Making?*, London–New York 1997
- Nye, Joseph S.: *Understanding International Conflicts. An Introduction to Theory and History*, New York–Reading, Mass.–Menlo Park, Cal. ³2000
- Richardson, James L.: *Contending Liberalisms in World Politics. Ideology and Power*, Boulder, Col. 2001
- Rittberger, Volker (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven*, Sonderheft 21 der Politischen Vierteljahresschrift, Opladen 1990
- Russett, Bruce/Oneal, John: *Triangulating Peace. Democracy, Interdependence, and International Organizations*, New York–London 2001
- Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Paderborn–München–Wien 2003
- Sullivan, Michael P.: *Theories of International Relations*, New York 2001
- Tickner, J. Ann: *Gendering World Politics*, New York 2001
- Viotti, Paul R./Kauppi, Mark V.: *International Relations Theory. Realism, Pluralism, Globalism*, Needham Heights, Mass. ³1998
- Weber, Cynthia: *International Relations Theory. A Critical Introduction*, London 2001
- Wendt, Alexander: *Social Theory of International Relations*, Cambridge 1999